Klassenkampf

10 JAHRE

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 26471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 19. Januar 1931 | 11. Jahrgang • Nr. 15

Die organisierte Einheitsfront des werktätigen Volkes

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Arbeiterfrauen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit beraten auf 14 Konferenzen über die Organisierung des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus — Aktionsausschüsse gewählt

Halle, 19. Januar.

Gestern tagten in 14 Kreisen des Bezirks die antifaschistischen Kampfkonferenzen, die der Organisierung des gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen gegen Hunger und Faschismus dienten und auf Grundlage der breitesten Einheitsfront des werktätigen Volkes

Aktionsausschüsse wählten.

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung der Berichte über den Verlauf der Kampfkonferenzen, die wir im Interesse einer ausführlichen Berichterstattung auf mehrere Nummern verteilen.

(Eig. Ber.) **Merseburg**, 18. Januar.

Die Kampfkonferenz für das Industriegebiet Leuna-Merseburg war von 223 Delegierten (davon 38 Frauen, 125 parteilosen, 2 SPD.-Arbeitern und mehreren oppositionellen Anhängern faschistischer Organisationen) aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung besucht. Gleichzeitig nahmen **weit über 100 Gäste** an der Konferenz teil.

Nach dem Referat des Genossen Schliebs, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der unter anderem **mehrere Leuna-Arbeiter die brutalen Lohnabbau- und Rationalisierungsmaßnahmen sowie Massenentlassungen der Leuna-Direktion anprangerten und die Leuna-Arbeiter zu Kampfmaßnahmen aufriefen.** Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen eines SPD.-Arbeiters, einer Frau eines Leuna-Arbeiters und eines oppositionellen Nationalsozialisten, die wir nachstehend wörtlich abdrucken.

Der SPD.-Arbeiter Westphal, Lauchstädt, sagt: „Ich bin SPD.-Arbeiter und habe genügend Erfahrungen in meiner Partei gesammelt.

Die Arbeiter haben dort nichts zu sagen.

Es sprechen und bestimmen nur die sogenannten Führer, **die die Interessen der Unternehmer und des Staates vertreten. Wer heute den Kampf gegen den Faschismus führen will, muß aus der SPD. austreten und sich der revolutionären Arbeiterbewegung anschließen.**"

Leuna-Frau Anna R.: „Ich spüre selbst für meine Familie den Lohnabbau der Leuna-Direktion. Von Monat zu Monat kann ich weniger für den Haushalt einkaufen. Vielen Leuna-Arbeitern geht es jetzt bald so dreckig wie den Erwerbslosen. Deshalb sollen auch die Erwerbslosen nicht beiseite stehen, sondern mit den Betriebsarbeitern für die Beseitigung dieses Elends kämpfen.

Die Leuna-Direktion raubt uns ein Stück Brot nach dem andern!

In den nächsten Wochen ist in Leuna Betriebsratswahl. Kein Leuna-Arbeiter darf bei dieser Wahl den Walter und Genossen oder den Christen die Stimme geben.

Die Leuna-Arbeiter müssen zu der Betriebsrätewahl eine rote Betriebsrätelliste aufstellen und diese wählen."

Der oppositionelle Nationalsozialist Werner L. führte aus: „Seit mehreren Jahren bin ich schon bei den Nationalsozialisten. Meine Eltern haben mich so erzogen und in diese Organisation hineingeschickt.

Wenn man Arbeiter ist, erkennt man aber sehr bald, daß die NSDAP. uns betrügt.

Deshalb habe ich mich auch hierher delegieren lassen, um zu hören, wie der Kampf gegen den Faschismus geführt werden soll. Ich werde mich jetzt der revolutionären Arbeiterschaft anschließen und meine Arbeitsgenossen darüber aufklären, welche Rolle die Nazis spielen."

Ein Landarbeiter: „Den Landarbeitern geht es ungeheuer schlecht. Nach dem Tarif sollen sie 28½ Pf. Lohn erhalten. Sie bekommen aber viel weniger. Die Frauen bekommen 15 Pf. und werden dazu noch beschimpft. Das Deputat und die Wohnungen sind sehr schlecht. Dafür geht es aber dem Rittergutsbesitzer um so besser. Neben seinen Einkünften aus dem Gut erhält er noch eine Offiziersrente.

Es ist notwendig, daß die Industriearbeiter sich mehr um die Landarbeiter kümmern und ihnen helfen, gegen diese Zustände, die auf den Gütern herrschen, zu kämpfen."

Von der Konferenz wurde ein 12 Mann starker Aktionsausschuß für das Gebiet Leuna-Merseburg einstimmig gewählt.

Nach Abschluß der Tagung fand noch eine eindrucksvolle Demonstration des Kampfbundes gegen Faschismus durch Merseburg und Kundgebung auf dem Marktplatz statt.

Die Kampfentschließung

Einstimmig angenommen auf sämtlichen Delegierten-Konferenzen

Die heute zu einer gemeinsamen Konferenz versammelten Delegierten der Werktätigen erkennen, daß die Verelendung, Not und Verzweiflung, hervorgerufen durch die Politik des räuberischen Trustkapitals, und die Maßnahmen der Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur, für die breitesten Volksschichten unerträglich geworden sind. Wir sind uns klar darüber, daß

alle Schichten der werktätigen Bevölkerung nur im Kampf gegen den Faschismus ihre Interessen vertreten können.

Die einzelnen Aktionen müssen so gestaltet werden, daß sie sich gegenseitig unterstützen, ergänzen und verstärken und so zu einer

gemeinsamen Aktion gegen die faschistischen Regierungsmaßnahmen

werden. Nur durch diese gemeinsame Erhebung, die zur Volksrevolution werden wird, kann der Faschismus, der durch die tatkräftige Unterstützung der Nationalsozialisten und SPD. in immer schlimmeren Formen durchgeführt wird, vernichtet werden.

Faschismus bedeutet Massenelend und Krieg,

bedeutet die Verewigung eines Zustandes der nationalen und sozialen Unterdrückung, dessen volle Schwere alle Schichten der werktätigen Bevölkerung trifft, während die wenigen Nutznießer dieses Zustandes die Trust- und Konzerngewaltigen sind, die durch den Young-Plan die Sicherung ihrer Profite gemeinsam mit den ehemaligen „Siegerstaaten" festgelegt haben.

Der gemeinsame Kampf gegen die einheimischen und fremden Unterdrücker, gegen Massenelend und Young-Sklaverei, geführt durch die Einheitsfront des ganzen werktätigen Volkes, wird und muß überall die Erkenntnis auslösen, daß alle Angriffe auf die speziellen Interessen einer Bevölkerungsschicht als Angriff gegen die Gesamtheit zurückgewiesen werden müssen.

Wir kennen hierbei keine Parteiunterschiede, sondern rufen alle Notleidenden auf, gegen die gemeinsamen Feinde im gemeinsamen Kampf zusammenzustehen.

Wir Delegierten des werktätigen Volkes fordern deshalb alle werktätigen Männer und Frauen zu den nachstehenden Kampfmaßnahmen auf:

1. Durchführung gemeinsamer Straßenkundgebungen und demonstrativer Veranstaltungen für die Tagesforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Kleingewerbetreibenden und Bauern, der Pächter und Mieter, der Arbeiterfrauen, Jungarbeiter, Invaliden und Erwerbslosen.

2. Organisierung von Streiks unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.) in allen Betrieben und Berufen gegen jede Form des Lohnabbaues, für Lohnerhöhungen, für die Durchführung des Siebenstundentages mit vollem Lohnausgleich für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit auch für Frauen und Jungarbeiter, gegen die Arbeiter mordenden kapitalistischen Rationalisierungsmethoden und für die Verbesserung der Arbeiterschutzeinrichtungen.

Alle Werktätigen, alle Kleinbauern, alle Kleinhandwerker haben ein Interesse daran, daß die Löhne der Arbeiter erhöht und die Erwerbslosen wieder dem Produktionsprozeß eingegliedert werden. Darum müssen sie alle die Streiks nach Kräften unterstützen, die Streikenden versorgen, die Streikbrecher verjagen.

Ebenso müssen sich die Angestellten und Beamten gegen den ihnen drohenden Gehaltsabbau, insbesondere das für den 1. Februar von der Diktatur geplante Beamtennotopfer energisch zur Wehr setzen. Die Vertreter der Werktätigen versichern allen Beamten, insbesondere auch den Polizeibeamten, ihre aktive Solidarität im Kampfe gegen Gehaltsabbau zu und werden diese ihre Solidarität am 1. Februar demonstrieren. Sie erwarten von den Angestellten und Beamten, daß sie sich nicht gegen das werktätige Volk mißbrauchen lassen.

3. Kundgebungen für die elementarsten Forderungen der Erwerbslosen nach ausreichender Unterstützung und genügender Sicherung gegen Hunger und Kälte. Landratsämter, Arbeitsämter Wohlfahrtsämter und Gemeindevorstände

müssen unter dem Druck der gemeinsamen Kundgebungen aller Werktätigen für diese Erwerbslosenforderungen veranlaßt werden, schleunigst die dringenden Notmaßnahmen durchzuführen.

Dort, wo das nicht geschieht, werden sich die Erwerbslosen mit allen zweckmäßigen Mitteln des ihnen drohenden Hungertodes erwehren. Die hungernden Kinder müssen die Erwerbslosen im geschlossenen Zuge auf die Gemeindeämter bringen, damit der Staat für sie sorgt. Wenn Erwerbslose oder andere Werktätige aus ihren Wohnungen entfernt werden sollen, weil sie keine Miete zahlen können, muß durch den gemeinsamen Widerstand aller Werktätigen dies verhindert werden. Diese und ähnliche Maßnahmen der Sicherung von Nahrung, Kleidung und Wohnung werden als Akte der Notwehr des Volkes gegen den Hunger von der übergroßen Mehrheit des Volkes gebilligt werden.

Organisierung von Pflichtarbeiterstreiks gegen die skandalöse Ausplünderung der Unterstützungsempfänger. Durchsetzung der völligen Beseitigung der Pflichtarbeit und der Anerkennung der tariflichen Entlohnung für jede geleistete Arbeit.

Streik der Metallarbeiterlehrlinge bei der Firma Taatz

Halle, 19. Januar.

Die Lehrlinge der Firma Taatz sind heute bis auf einen in den Streik getreten. Sie haben eine Streikleitung gewählt und stellen Forderungen aufgestellt:

1. Der geplante Lohnabzug (1 bis 2 Pf. in der Stunde, für die Lehrlinge bei den geringen Lehrlingslöhnen ein außerordentlich hoher Betrag) wird nicht durchgeführt.

2. Die Lehrlinge werden nur mit Arbeiten beschäftigt, die ihrer Ausbildung dienen. Bisher wurden die Lehrlinge auch mit Putzarbeiten und des Sonnabends mit Aufsegearbeiten beschäftigt.

Heute mittag wird die von den Lehrlingen gewählte Streikleitung mit Vertretern der RGO. bei dem Unternehmer zu Verhandlungen erscheinen.

Von den fünf erwachsenen Arbeitern der Firma Taatz, die heute streiken sollten, ist nur einer im Betrieb erschienen. Am Mittwoch, wenn der größte Teil der Belegschaft (die erwachsene Arbeiterschaft zählt 20 Mann) arbeiten soll, wird die Frage des Streiks der Gesamtbelegschaft entschieden werden.

Appell zur Wahl roter Betriebsräte

Die Delegierten der Leuna-Arbeiter und der Arbeiterfrauen des Merseburger Gebiets schlagen der Kampfkonferenz folgenden Appell zur Annahme vor:

Die Merseburger Kampfkonferenz gegen Faschismus ruft die Leuna-Belegschaft und die Belegschaften aller Industriezweige auf, in allen Betrieben sofort die Aufstellung roter Betriebsräte-Listen in Angriff zu nehmen.

Die letzten Streiks in Berlin, im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in allen Betrieben sofort die Aufstellung roter Betriebsräte unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die wahren Interessenvertreter der Belegschaften sind.

Stellt deshalb überall rote Betriebsratslisten auf.

Hinweg mit den reformistischen, christlichen und faschistischen Betriebsräten, die nur die Interessen der Unternehmer vertreten.

Wählt nur rote Betriebsräte!

Organisiert den Streik gegen Lohnabbau und Massenentlassungen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der sich alle Arbeiter anschließen müssen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0001

Aufstellung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen im Reich, Ländern und Gemeinden, deren rasche Durchführungen in gemeinsamen Aktionen aller Werktätigen an allen geeigneten Stellen erreicht werden muß, um massenhaft Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen.

4. Gemeinsame Aufmärsche in allen durch Steuerraub oder Pfändungsmaßnahmen bedrohten Dörfern zum gemeinsamen Schutz der Bauern gegen die Ausplünderungsmaßnahmen der Regierung. Kampf für verbilligte Kredite für Klein- und Mittelbauern.

Aufmärsche vor Finanzämtern und Rathäusern mit den Kleingewerbetreibenden und Bauern zu massenhaftem Einspruch und Protest gegen die brutalen Steuermaßnahmen der finanzkapitalistischen Diktatur, die die werktätigen Mittelschichten zum Ruin treibt.

Planmäßige Organisierung demonstrativer Hilfsaktionen der Arbeiterschaft für solche Bauern und Kleingewerbetreibenden, die durch Pfändung in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsame Unterstützung des Kampfes der Siedler und Pächter gegen die brutalen Maßnahmen, sie durch Steuerlasten, Zinserhöhungen und Abgabesteigerungen aus ihren Pacht- und Siedlungshäusern zu vertreiben. Aktive Abwehr aller Pfändungen und Exmissionen durch Massenkundgebungen der Arbeiter, Siedler und Pächter. Kampf für sofortige Pachtermäßigung.

5. Gemeinsames Auftreten in allen Städten, Kreisen und Gemeinden zur Ablehnung aller Diktatursteuern und der sonstigen, die werktätigen Massen belastenden Steuer- und Tariferhöhungen. Gemeinsames Auftreten für Steuerbefreiung und Tarifermäßigung für alle Werktätigen.

Gemeinsamer Steuerstreik zur Verhinderung der Eintreibung der Diktatursteuern, planmäßige Organisierung der Steuerverweigerung und der Steuersabotage,

insbesondere gegen die neuen Steuern, die selbst von preußischen Gerichten bereits als nicht auf Gesetzen beruhend erklärt worden sind.

Organisierung von Steuer-Proteststreiks in allen Betrieben zur Abwehr der Diktatursteuern, insbesondere der als Regiersteuer gebrandmarkten Bürgerabgabe. Gemeinsame Protestaktionen gegen die Ledigensteuer, das Beamtenkotopfer und den Gehaltsabbau für die unteren Beamten.

Wenn niemand freiwillig Bürger- oder andere Steuer entrichtet, wird eine Eintreibung der Steuer bei allen Zahlungspflichtigen für den Staat praktisch unmöglich sein. Durch die Bildung der örtlichen Aktionsausschüsse müssen gemeinsame Aktionen organisiert werden, um gemeinsam bei dem Finanzamt den begründeten Einspruch gegen die Regiersteuer vorzubringen. Insbesondere Frauen können hier sehr wirksam eingreifen. Mit derselben Kraft sind die Gemeinde-Getränke-Steuern zu bekämpfen. Jeder Gast gebe dem Wirt einen Zettel, auf dem er sich weigert, Getränkesteuer zu bezahlen. Solche und ähnliche Maßnahmen werden praktisch die Eintreibung der Steuern illusorisch machen.

6. Gemeinsame Abwehr der preußischen diktatorischen Mietpreiserhöhungen. Mieterstreik gegen jede Mieterhöhung sowohl in Altwohnungen als auch in Neubauwohnungen und Siedlungen. Kampf gegen die Exmittierung Erwerbsloser wegen Mietrückständen. Verbreiterung der Kampffront der Erwerbslosen gegen die weitere Verelendung durch gemeinsame Verweigerung der Mietszahlung mit der Forderung auf Uebernahme der Mietszahlungen der Dauererwerbslosen durch das Reich.

7. Gemeinsame Aktion gegen die Preisdiktate der großkapitalistischen Ringe, Kartelle, Konzerne, Syndikate und Trusts, sowie gegen den wucherischen Großhandel.

8. Kundgebungen für die dringendsten Forderungen der Kriegsopfer und der Arbeitsinvaliden sowie gegen die diktatorische Ausplünderung der Kranken. Die Eingliederung aller Werktätigen, also auch der Kleingewerbetreibenden, der Bauern, der unteren Beamten in die soziale Fürsorge muß durchgesetzt werden. Alle Schichten der Werktätigen müssen diese Forderungen vor den Versorgungs- und Versicherungsämtern, vor den Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten demonstrativ vertreten. Keine Tagung dieser Körperschaften darf ohne den massenhaften Notschrei der Verelendeten vorübergehen.

9. Gemeinsames Auftreten aller Werktätigen in Stadt und Land mit den Jungarbeitern gegen die reaktionären Leitungen der Berufsschulen und Jugendämter. Massenhafte Unterstützung aller Schulkämpfe und Schulstreiks, aller Abwehrhandlungen der Jungarbeiter gegen die reaktionäre „Fürsorge" und das drohende Arbeitsdienstpflichtgesetz.

Kundgebungen gegen die kulturpolitische Unterdrückung der werktätigen Jugend, der Arbeitersportler, der Freidenker und anderer Aufklärungsbestrebungen der werktätigen Massen. Alle Kommunal- und Staatsbehörden sollen den Massenprotest aller Werktätigen gegen die Unterdrückung der Arbeitersport- und Kulturvereine, den Massenprotest gegen die finanzielle Unterstützung der nationalistischen und regierungstreuen Sport- und Kulturorganisationen hören. Der Kampf gegen diese nationalistische sportliche und kulturelle Verhetzung ist gleichzeitig der Kampf aller Werktätigen gegen die Schaffung einer neuen Kriegsstimmung.

10. Die Nationalisten aller Schattierungen fordern Verstärkung der Wehrmacht und die Imperialisten rüsten zu einem neuen Raubkrieg. Millionen Mark aus Steuern und Zöllen werden dem Rüstungswahnsinn hingeworfen.

Wir Delegierten erklären,

daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit allen Mitteln geführt werden muß.

Zur Unterstützung dieser Kampfmaßnahmen muß neben dem breiten ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus auch der wehrhafte Kampf gegen den faschistischen Terror in jeder Form geführt werden.

Die Durchführung des ideologischen und wehrhaften Massenkampfes ist die spezielle Aufgabe des Kampfbundes gegen den Faschismus, dem sich alle Werktätigen anschließen müssen.

Aus der Zusammenfassung, Steigerung und Vereinheitlichung dieser Kämpfe muß der politische Massenstreik, die Volkserhebung gegen den Faschismus, für die nationale und soziale Befreiung aller Werktätigen erwachsen.

Die Führung dieses gewaltigen Kampfes kann nur in den Händen der Arbeiterklasse liegen, deren revolutionäre Vorhut die Kommunistische Partei ist, die einzige Kraft, die die Volksrevolution organisieren kann.

Schluß mit der volksfeindlichen Diktaturregierung Brüning. Nieder mit dem National- und Sozialfaschismus! Bildet die revolutionäre Einheitsfront aller ausgebeuteten Schichten!

Es lebe die Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Weitere Berichte von den Kampfkonferenz

Elsterwerda, 18. Januar.

Im Engelmannschen Saal in Liehla fand heute die Kampfkonferenz gegen den Faschismus für Elsterwerda-Liebenwerda und die umliegenden Ortschaften statt. Die Konferenz war außerordentlich stark besucht. 295 Teilnehmer aus 26 verschiedenen Orten, darunter 121 mit Mandaten versehene Delegierte waren vertreten. Unter den Delegierten befanden sich 11 Landwirte, 8 Gewerbetreibende, 23 Betriebsarbeiter und 4 Betriebsarbeiterinnen, 6 Hausfrauen und 70 Delegierte von Erwerbslosen. Der Parteizugehörigkeit nach setzten sich die Delegierten zusammen aus einem Mitglied der Landvolkpartei, einem Mitglied des Landbundes, 34 KPD.-Mitgliedern, 15 KJVD.-Mitgliedern und 70 Parteilosen.

Unter den 174 Gästen befanden sich fast 100 Landarbeiter und Kleinbauern, darunter auch Gemeindevorsteher.

Die Konferenz selbst war von einer glänzenden Kampfstimmung getragen, die noch erhöht wurde durch die Tatsache, daß der Landrat die Konferenz polizeilich überwachen ließ. Nach einer feierlichen Eröffnung durch Sprechchor und Musik wurde ein Präsidium gewählt, das sich aus Vertretern aller Schichten der Delegierten zusammensetzte. Das zweistündige Referat des Genossen Behnke, Halle, wurde mit gespannter Aufmerksamkeit angehört. Nach einer kurzen Pause entwickelte sich eine überaus lebhafte Diskussion ein.

Ein Delegierter der Kleingewerbetreibenden erklärte unter stürmischem Beifall der Konferenz, daß er heute hier sei, um zu sehen, was es geht, er erkläre seinen sofortigen Eintritt in die Kommunistische Partei. Ihm schloß sich ein kleingewerbetreibender Meister an, der ebenfalls demonstrativ seinen Eintritt zur Partei erklärte.

Ein anderer Kleingewerbetreibender machte den Vorschlag, der vorgelegten Kampfresolution ergänzend zu bemerken, daß die vorkommenden Pfändungen bei Kleingewerbetreibenden und Kleinvölkerungskreise zusammenstehen müßten, um jede Pfändung unmöglich zu machen.

Ein Delegierter der Arbeitersportler forderte, daß die Resolution der Ruf nach der Schaffung von rotem Sport aufgenommen würde. Unter ungeheurer Erregung ein Vertreter der Erwerbslosen bekannt, daß Landrat des Kreises Liebenwerda durch öffentliche Bekanntmachung erklärt hat, daß die Sitzung des Kreistags 22. Januar durch sehr starke Polizeikräfte geschützt würde.

Ein Antrag der Erwerbslosen, nun erst recht eine Massendemonstration am 22. Januar in Liebenwerda zuführen, wurde unter stürmischem Beifall der Konferenz einstimmig angenommen.

Ebenso einstimmige Annahme fand die vorgelegte Resolution mit den Ergänzungen. Die Wahl eines Aktionsausschusses der aus 18 Personen besteht und aus den verschiedenen Betrieben und Orten zusammengesetzt ist, wurde ebenso einmütig vorgenommen. Eine Delegation aus Dobra kam zum Tisch des Präsidiums und lieferte die erhaltenen Delegationskosten in Höhe von 1,— RM für die Rote Hilfe ab. Acht Delegierte erklärten ihren Eintritt in die Kommunistische Partei. Im Schlußwort wies Genosse Behnke besonders auf die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsrätewahlen, die stärkere Einbeziehung der Frauen und der Jugend in die Massenbewegung gegen den Faschismus hin. Unter langanhaltendem Beifall wurde er aufgefordert, nun in allen Orten, aus denen die Delegierten stammen, Aktionsausschüsse zu bilden, und alle Aktionen Kämpfe zu einem gewaltigen Strom zusammenfließen zu lassen. Der Gesang der „Internationale" schloß die packend verlaufene Tagung, die der Ausgangspunkt zu einer Massenbewegung gegen den Faschismus sein wird.

SPD.-Arbeiter wehren gemeinsam mit KPD.-Arbeitern Nazi-Terror ab

SPD.-Polizei kommt den Nazis zu Hilfe

(Eig. Drahtm.) **Hamburg, 19. Januar.**

Gestern abend kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Aus einem berüchtigten Nazilookal stürzten plötzlich zirka 25 Nazis auf die Straße und überfielen die vorbeigehenden Arbeiter.

Die Nazis schossen mit Revolvern in die sich ansammelnde Menge. Dabei erhielt ein Arbeiter einen Kopfstreifschuß.

Die Nazis feuerten so toll, daß sie einen ihrer eigenen Leute trafen, der einen Armschuß davon trug.

Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter setzten sich gemeinsam energisch zur Wehr.

Die Nazis wären auch zurückgeschlagen, wenn die hinzukommende Polizei die Arbeiter nicht durch Gummiknüppelattacken auseinandergetrieben und viele verhaftet hätten.

Die politischen Gefangenen Mitteldeutschlands grüßen die Konferenz

An alle Konferenzen gegen den Faschismus!

Betriebsarbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern, Erwerbslose, Angestellte und Beamte

Der 18. Januar 1931 muß ein historischer Tag in der Geschichte der Werktätigen, aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückter werden

Was habt Ihr noch zu verlieren?

Der auf Krücken gehende Kapitalismus teilt mit Hilfe des National- und Sozialfaschismus, mit Hilfe der Polizei, Militär, Justiz und Kirche brutale Schläge aus, auf dem Wege zum Friedhof.

Wollt Ihr Eure Ketten länger tragen?

Am 18. Januar, wo der Kapitalismus und seine Trabanten Orgien feiern werden, ist es Eure Aufgabe, nicht nur in den Konferenzen zu reden. Faßt Beschlüsse in der Linie:

Wir organisieren und führen die Revolution!

Ihr seid berufen, den richtigen Weg zu finden, Ihr seid verpflichtet,

die Einheitsfront

im Zeichen des unversöhnlichen Klassenkampfes herbeizuführen. Keine Illusionen auf Versöhnung. Mit dem profitgierigen Kapitalismus gibt es keine Versöhnung. Der 5. RGO.-Kongreß sagt Euch, daß in der kapitalistischen Welt 90 Millionen keine Heimat haben. Wollt Ihr Euch das gefallen lassen?

35 Millionen

leiden in der Hungerrepublik die größten Entbehrungen.

Hunger — Polizeigreuel — Schreckensurteile — Pfaffentrug

sind Begleiterscheinungen des dem Tode geweihten, verfaulenden Systems.

Wird eine Gruppe der Werktätigen verschont?

Die Zeiten sind vorbei, wo der Kapitalismus eine Gruppe der anderen etwas im voraus ließ. Auf der ganzen Linie wird die Regierung des Pfaffen Brüning greift der Kapitalismus an.

Steuerdiktatur — Lohndiktatur — Kulturdiktatur

sind einige Mittel von den vielen Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen der Kapitalismus von in seinem Interesse gut bezahlten Lakaien durchführt.

Das Land ohne Erwerbslose, unser Vaterland.

160 Millionen Schwestern und Brüder verfolgen den heroischen Kampf der Unterdrückten aller kapitalistischen Länder.

160 Millionen haben sich freigemacht, die Kolonialvölker kämpfen um ihr Dasein. Die chinesischen Brüder entreißen dem internationalen Kapital ausgehaltenen Generalen Stück für Stück von ihrer Macht.

Und Ihr?

Wollt Ihr den Leidensweg verlängern? Das könnt und dürft Ihr nicht.

Heraus zum Kampf!

Her mit der Einheitsfront, formiert die Bataillone!

Es lebe der Kampf aller Unterdrückten!

Es lebe die KJ.!

Es lebe die KPD., die Führerin im Entscheidungskampf!

Hinein in die KPD., hinein in den Bund zum Kampf gegen den Faschismus!

Es lebe die Revolution! Vorwärts, Tritt gefaßt!

Es rufen die Opfer von Torgau und Zeitz
J. A.: Euer Genosse Alfred Holzmann

Berliner Arbeiter demonstrieren gegen Reichsgründungsrummel

(Eig. Drahtmeldg.) **Berlin, 19. Januar.**

Anläßlich des 60. Gründungstages des Kaiserreichs veranstaltete die schwarzweißrote und schwarzrotgoldene Reaktion große militärische Kundgebungen. Die offizielle Feier fand im Reichstag statt, wo der Reichskanzler Brüning eine kurze Rede hielt.

Im Saale waren Reichswehrabteilungen mit den alten Fahnen der Garderegimenter aufgestellt.

Auch nach der Feier fand vor dem Reichstag noch eine Reichswehrparade vor dem Reichspräsidenten statt. Die öffentlichen Gebäude hatten geflaggt, aber die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung nahm keine Notiz von dem nationalistischen Rummel.

In der Leipziger Straße innerhalb der Bannmeile kam es zu spontanen Demonstrationen der Arbeiter gegen die militaristischen Kundgebungen.

Die Polizei, die in großer Uebermacht erschien, verhaftete eine Anzahl Arbeiter.

(Eig. Drahtmeldg.) **Berlin, 19. Januar.**

Der Kyffhäuser-Bund hatte seine teutschen Mannen nach dem Sportplatz beordert, wo auch Hindenburg persönlich erschienen war. Die Kundgebung glich einer Heerschau aus wilhelminischer Zeit. Ganze Rudel Gestalten in Phantasieuniformen, die sich ehemalige Offiziere nannten, bevölkerten die Ränge. Als Hindenburg erschien, schlug die Ehrenkompagnie des Stahlhelms einen Trommelwirbel an.

Ein ehemaliger General mit einem ungeheuren Klempnerladen auf dem Bauche hielt unter beifälligem Nicken Hindenburgs eine wüste chauvinistische Rede.

Am Ausgang dieser Rede forderte er unter dem frenetischen Beifall der Monokel tragenden Heimkrieger die verstärkte Aufrüstung Deutschlands. Im Anschluß daran sprach Hindenburg, welcher auch, der Stimmung entsprechend, einige Töne vom „alten Soldatenherzen." redete und mit einem Hurra auf das Reich schloß.

Auch vor dem Sportplatz kam es zu Protestkundgebungen der Arbeiter,

die die Polizei mit Gummiknüppelattacken auseinander zu treiben versuchte.

Arbeiter beantworten Stahlhelmprovokation bei der Reichsgründungsfeier

(Eig. Bericht.) **Aachen, 19. J**

Der Stahlhelm von Rheinland und Westfalen war am Tage in Aachen zu einer Demonstration für den imperialistischen Krieg unter dem Vorwand einer Reichsgründungsfeier zusammengezogen worden. Im ganzen waren, selbst nach den Schätzungen, nicht mehr als 2000 bis 3000 Personen. Auf dem Marktplatz versammelt, wo Duesterberg eine Rede hielt, die Stahlhelmer leisteten sich im Anschluß daran die unerhörte Provokation, durch die Proletarierviertel zu demonstrieren.

Es kam zu stürmischen Gegenkundgebungen der Bevölkerung. Dabei wurde auch mit Blumentöpfen auf Stahlhelmer geworfen und in einem Falle kochendes Wasser über sie ausgegossen.

Die Polizei eilte dem Stahlhelm zu Hilfe und ging mit Gummiknüppelattacken gegen die Arbeiter vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0002

Hinter den Kulissen der Genfer Verhandlungen

Polnisch-rumänisches Militärbündnis verschärft

Geheime Kriegspläne gegen die Sowjetunion — Polnische Geständnisse

Genf, 17. Januar. Anläßlich ihrer Anwesenheit auf der Europa-Konferenz haben der polnische Außenminister Zaleski und der rumänische Außenminister Mironescu gestern das polnisch-rumänische Militärbündnis in „verbesserter" Auflage auf 5 Jahre erneuert. Der neue Bündnisvorschlag hat eine wesentliche schärfere Fassung erhalten. Eine Reihe von abschwächenden Vorbehalten wurden gestrichen, dagegen die entscheidenden Paragraphen konkreter gefaßt. Das Bündnis ist in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet. Daneben führt es auch zu einer Verschärfung der deutsch-polnischen Gegensätze.

Der Vertrag, der geheimgehalten wird, sieht eine Reihe spezieller Militärkonventionen zur „technischen Ausführung" der Vertragsbestimmungen vor.

Die Tendenz des polnisch-rumänischen Bündnisvertrages kommt in einem Kommentar der offiziösen „Gazeta Polska" deutlich zum Vorschein. Diese besagt, der Vertrag bedeute eine Festigung des Friedens „im heutigen Europa, das durch beunruhigende Tendenzen im Osten (!) und in der Mitte erregt" sei. Es handle sich „nicht um einen theoretischen Frieden, sondern um die Aufrechterhaltung des Friedens, der sich auf die bestehenden Verträge stützt".

Das neue Bündnis wird (anders als der bisherige am 26. März d. J. erlöschende Garantievertrag) sich nach fünf Jahren automatisch verlängern, sofern es nicht ein Jahr zuvor gekündigt wird. Die Verpflichtung zur schiedsgerichtlichen Regelung etwaiger Streitigkeiten ist fortgefallen, da inzwischen der besondere polnisch-rumänische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag vom 24. Oktober 1929 im März 1930 in Kraft getreten ist.

Der Bündnisvertrag übernimmt wörtlich den Artikel 10 des Völkerbundpaktes, indem Polen und Rumänien „sich verpflichten, die Unversehrtheit ihres Staatsgebietes und ihre gegenwärtige politische Unabhängigkeit gegenseitig zu achten und gegen jeden Angriff von außen her zu wahren". Sollte einer der beiden Verbündeten unter Verletzung der Artikel 12, 13 und 15 der Völkerbundsatzung Gegenstand eines „unprovozierten Angriffs werden, so verpflichten sie sich im Einklang mit dem Sanktionsartikel 16 des Pakts zu „unverzüglicher Unterstützung und Hilfeleistung".

Ein besonderer Paragraph behandelt das berühmte „Loch" in der Völkerbundsatzung, nämlich den Fall des „erlaubten" Angriffskrieges, der nach Artikel 15, Abs. 7 zulässig ist, wenn der Rat in einer Streitfrage zu einem einstimmigen Beschluß nicht zu gelangen vermag. In diesem Fall verpflichten sich Polen und Rumänien zur Hilfeleistung, sofern einer der beiden Staaten der „angegriffene" Teil ist.

Insbesondere gilt diese Verpflichtung für den Fall, daß einer der beiden Verbündeten von einem Nichtmitglied des Völkerbundes (!) „angegriffen" wird. Sollten die beiden Staaten auf Grund der vorstehenden Bestimmungen sich im Zustand eines Verteidigungskrieges befinden, so verpflichten sie sich, keinen Separatfrieden oder Waffenstillstand ohne den anderen Verbündeten zu schließen.

260 000 Textilarbeiter in England ausgesperrt

Alle Webereien in Lancashire stillgelegt — 250 000 Spinnereiarbeiter mit Aussperrung bedroht

TU London, 17. Januar. Die Verhandlungen in der Webindustrie, sind vollständig zusammengebrochen. Die allgemeine Aussperrung ist gestern um 12 Uhr mittags in Kraft getreten. Von einem Regierungsvertreter war ein Einigungsvorschlag ausgearbeitet worden, der die Einstellung des Streiks in Burnley verlangte und die Arbeitgeber ersuchte, die Aussperrung so lange zu verschieben, bis die Weber über die Frage der Mehrwebstühle abgestimmt hätten. Sowohl die Unternehmer wie die Gewerkschaftsvertreter sahen sich außerstande, diesen Vorschlag anzunehmen. Die Zahl der Arbeiter, die zunächst ausgesperrt werden, beträgt 260 000, da zunächst nur rund 1 000 Spinnereien geschlossen werden. Bei einer längeren Dauer des Streites wird sich die Zahl der betroffenen Arbeiter auf rund 500 000 erhöhen, da dann auch die anderen Spinnereien schließen werden.

Französische Schuharbeiter im Kampf

TU. Paris, 17. Januar. In der Schuhindustrie von Limoges ist ein großer Lohnstreit ausgebrochen. Seit einigen Tagen wurde bereits zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber verhandelt, ohne daß ein Ergebnis erzielt werden konnte.

Um den Verhandlungen mehr Nachdruck zu verleihen, traten die Arbeiter am Freitagvormittag in einen halbstündigen Proteststreik. Darauf sind in zwei großen Fabriken alle Arbeiter auf unbestimmte Zeit ausgesperrt worden. Ueber 6000 Arbeiter sind betroffen. Man erwartet, daß die Arbeiter anderer Betriebe in den Sympathiestreik treten werden.

Das heißt Abrüstung

EP. Washington, 17. Januar. Der Senat billigte mit 73 gegen 13 Stimmen einen Kredit von 30 Millionen Dollar zur Modernisierung der Panzerkreuzer „Ithaca", und „Mississippi" und „Mexiko".

Die Sowjetunion im Zeichen der Wahlen

WTB. Moskau, 17. Januar. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Sowjetwahlen stehen im Zeichen großer Aktivität der Wähler. In Leningrad betrug die Wahlbeteiligung 96 Prozent. In Moskau beginnen die Wahlen am 25. d. M. An den Vorwahlversammlungen nehmen 77 Prozent der Wähler teil.

Nach den Berichten über die Wahlen in 22 000 (44 Prozent) Dorfsowjets Innerrußlands betrug die Wahlbeteiligung 69 Prozent gegen 60 Prozent im Jahre 1929. Besonders stark ist die Wahlbeteiligung der Frauen gestiegen.

In den neugewählten Dorfsowjets machen die Kollektivwirtschaftsbauern 33½ Prozent aus, die Mitglieder der Kommunistischen Partei über 14 Prozent gegen 9 Prozent im Jahre 1929.

Die Wahlen haben zur Folge einen erneuten Aufstieg des sozialistischen Wettbewerbs, die Organisierung neuer Stoßbrigaden und die Schaffung neuer Kollektivwirtschaften.

Der Revolver — das Symbol sozialdemokratischer „Befreiungs"politik

In Indien fließt Blut in Strömen

Macdonald-Polizei metzelt Demonstranten zu Hunderten nieder — Wachsende Erregung der Massen im ganzen Lande — Truppenkonzentration in allen Hauptstädten

Bürgerliche Agenturen bringen die folgenden Meldungen aus Indien:

TU. London, 17. Januar. Am Freitagabend kam es in den Bezirken der Baumwollspinnereien in Bombay zu neuen großen Demonstrationen und Straßenkämpfen. 35 Personen wurden dabei verletzt. Die Gesamtzahl der Verletzten in den Krankenhäusern wird jetzt mit mindestens 260 angegeben, dürfte aber noch viel höher sein. Die Hauptstraßen von Bombay sind von der Polizei abgesperrt. Mitglieder des Kriegsrats wurden verhaftet.

Aus Rache für die Verhaftung eines Kongreßfreiwilligen stürmten 50 Inder die Wohnung eines Polizisten in einem Dorf des Bezirks Manbhum in Bengalen und töteten ihn. Die Polizei feuerte auf die Menge. Vier Inder wurden getötet. Auf beiden Seiten gab es bei dem Zusammenstoß viele Verletzte.

WTB. Bombay, 17. Januar. Im Verlauf einer Kundgebung von 4000 Spinnereiarbeitern kam es heute wiederum zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machte. Drei Personen wurden schwer verletzt. Eine andere Versammlung wurde von der Polizei mit Knüppeln zerstreut. 30 Personen wurden schwer verletzt.

In einem Dorfe der Provinz Patna kam es gestern zu ernsten Zusammenstößen zwischen den Bewohnern und der Polizei. Die Polizei gab mehrere Schüsse ab. Ein Polizeibeamter wurde durch Lanzenstiche getötet.

TU. London, 17. Januar. Im Hinblick auf die starke politische Spannung in Indien haben die Behörden in Lahore weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Wohnungen der Offiziere werden Tag und Nacht von bewaffneten Polizisten bewacht. Militär- und Polizeipatrouillen durchziehen die Straßen des Europäerviertels. Die Offiziere müssen stets Revolver bei sich tragen. Die Mannschaften dürfen die Straße nur mit umgeschnalltem Seitengewehr betreten, ganz gleich, ob sie im Dienst oder außer Dienst sind.

Im Europäerviertel der Stadt sind außer den gewöhnlich diensttuenden Polizisten englische Truppen stationiert worden. durch eine Garnisonverfügung wurde jeder englische Soldat angewiesen, stets einen geladenen Revolver bei sich zu tragen.

Die Meuterei auf der „Lucia"

EP. London, 17. Januar. Die englische Admiralität betrachtet die auf dem U-Boot-Mutterschiff ausgebrochene Meuterei entgegen den teilweise beschwichtigenden Aeußerungen der letzter Zeit doch als ein so schweres Ereignis, daß sie die „Haupträdelsführer", vier Matrosen, vor ein Kriegsgericht stellen will.

Die übrigen 26 Matrosen sollen nach Beendigung der Kriegsgerichtsverhandlungen summarisch abgeurteilt werden. Sie werden weiter gefangengehalten.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

16. Fortsetzung

„Natürlich bist du eine Spießbürgerin. Soll ich erst den Grund sagen? Dein ganzes Keuschheitsgerede hat weiter keinen Zweck, als den sexuellen Akt möglichst teuer an den Mann zu verkaufen. Ihr sagt, ich bin eine Jungfrau oder eine Dame, weil ihr euch lieber leichter und teurer an einen Angestellten anstatt an einen Arbeiter verkaufen wollt. Das ist deine Keuschheitstheorie, und das ist praktisch nichts anderes als die bürgerliche Ansicht über diese Dinge."

Takaes Antwort traf den Nagel auf den Kopf.

„Seht euch mal unsere Damen an!" kreischte Oginijan begeistert. Das löste allgemeine Heiterkeit aus. Die Vorsitzende stand wie mit Wasser begossen und zitterte unter diesem Lachen.

„Also meinst du, es sei ganz in der Ordnung, sich zu prostituieren?" versuchte die Jungfrau die ganze Diskussion zu verdrehen.

„Ob das gut ist oder nicht gut ist, weiß ich nicht, darauf kommt es hier auch gar nicht an. Aber eins ist klar, wenn sich eine prostituiert, damit sie als Genossin hier bei uns mitarbeiten und dabei noch eine fünfköpfige Familie ernähren kann, so ist das weit ehrlicher und richtiger als die ganze geheiligte eheliche Liebe von euch!"

„Schmutzlich!"

„Das soll man anhören!"

„Sie verdient wahrhaftig, daß sie Anführerin der Fürsorgemädel genannt wird!" riefen die Damen dazwischen.

„Aha, also behauptest du doch, daß die Prostitution berechtigt ist." Die Vorsitzende wollte Takae verächtlich machen und den Sinn ihrer Worte verdrehen, um sich ihren Sieg zu sichern, aber Takae ließ nicht locker.

„Natürlich habe ich recht. Es ist viel sauberer und macht viel weniger Gestank, wenn man die ganze sogenannte Ehre einfach wie ein altes Taschentuch wegwirft, als daß man als ewige Jungfrau im Glasschrank stehen bleibt wie eine faule, alte Konserve!"

Das Gesicht von Fräulein Oja verzerrte sich, ihre Lippen zitterten hysterisch, sie wandte sich um, schlug die Hände vors Gesicht und begann zu schluchzen. Der Lärm im Zimmer war nicht mehr zu beruhigen, die „Damen" brüllten vergebens aus vollem Halse, es war umsonst: die Opposition hatte gewonnen.

„Sei tapfer, du brauchst nicht zu weinen. Kopf hoch, wir haben gewonnen, wir stehen zu dir."

Takae umarmte Kimi-tjan und ließ sie aufstehn:

Kimi-tjan, jetzt rede du zu diesen Damen' und erkläre ihnen, daß die Frauen der Arbeiterklasse nicht nur ihre weibliche Ehre, sondern ihr ganzes Leben opfern müssen, bis wir mit dem ganzen Proletariat befreit sein werden, — sag' ihnen das!"

IV.

Das Opfer

Es war beinahe 11 Uhr, als sie nach dem Bericht der Streikleitung nach Hause gingen.

Den Bericht hatte Matsuo, der junge Sekretär der obersten Streikleitung, überbracht, weil fast alle andern Führer noch in Haft waren.

Wir erleben beim Streik der Daido-Druckerei die frechsten Provokationen der Unternehmer gegen die Arbeiter. Wir Druckereiarbeiter ganz Tokios warnen die Unternehmer und verlangen, daß die berechtigten Forderungen dieses Streiks bedingungslos bewilligt werden.

Generalversammlung der Druckereiarbeiter von ganz Tokio

„Diese Resolution ist von der heutigen Generalversammlung der Buchdrucker in den Matsumoto-Festsälen einstimmig angenommen und sofort durch die Vertreter den Unternehmern zugestellt worden", referierte der frische Genosse der Frauenversammlung.

„Unsere Verhandlungen mit den Unternehmern sind wegen der brutalen Angriffe durch die Polizei eingestellt. Aber wir müssen bereit sein. Dieser Streik ist kein gewöhnlicher Streik wie die bisherigen, es ist ein entscheidender Kampf um unsere Organisation — so liegen die Dinge."

Neue Kraft strömte von dem jungen, schlanken, knochigen Mann wie ein frischer Wind auf die Körper der ermüdeten Frauen. Er verschwand eilig und geschäftig, denn noch viele andere Versammlungen der einzelnen Abteilungen warteten auf ihn.

Mit der sinkenden Nacht legte sich die Aufregung der Frauen wieder, und die beiden streitenden Gruppen reichten sich schließlich angesichts des großen gemeinsamen Kampfes die Hand.

„Sei nur ruhig, Kimi-tjan, wenn es nötig wird, werde ich es auch so machen wie du — was denn sonst? Um denen die Kehle zuzudrücken, müssen wir sogar unser Leben opfern", sagte Takae zu Okimi und Fusa-tjan, als sie gemeinsam nach Hause gingen.

Die temperamentvolle Fusa-tjan hörte das schweigend an, und Okimi wurde wieder fröhlich.

„Danke, ich verstehe schon — ich bin bereit, und morgen werde ich wieder fleißig meine Seife verkaufen."

Okimi streckte ihr Gesicht aus dem Wollschal und lachte.

An der Ecke der dritten Barackenreihe verabschiedete sich Takae von ihren Kolleginnen und ging ihrem Hause zu, wo Okayo auf sie wartete, um mit ihr ins Badehaus zu gehen. Auf dem Wege erzählte Takae von dem, was bei der heutigen Frauenversammlung vorgefallen war, dem Bericht der Streikleitung und dem übrigen. Okayo war so andächtig bei der Sache, daß sie unversehens an ein Reklameschild stieß. Es schien, als klammere sie sich an die kleinste Tatsache, um ihre Aengste und alle ihre Sorgen zu überwinden, deshalb griff sie auch alles so begierig auf.

„Schwester, mir ist so . . . ich fühle . . . ich werde Miatji bestimmt nicht wiedersehen . . . mir ist so . . . aber mir . . ."

Takae erschrak, wie tapfer ihre kleine Schwester gegen alles, was sie quälte, ankämpfte. Ihre Vermutung, Miatji sei der Brandstifter im Hause Okawas, wurde zur Gewißheit.

„Aber . . . es ist gar nicht so schlimm für mich . . ."

Vor Mitleid mit dieser Ergebenheit eines Kindes wie Okayo wäre Takae am liebsten der Schwester um den Hals gefallen.

„Hast du heute die Zeitung „Nichi Nichi" gelesen, Schwester? Da stand was von einem Arbeiter, der sich von seiner Frau getrennt hat, um so besser für den Streik arbeiten zu können, weil sich die Streiklage bei den Daido-Druckern so verschärft hat, — wer kann das sein?"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0003

Für die Ausdehnung des Streiks am Niederrhein

Beschluß der Düsseldorfer Parteiarbeiterkonferenz

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 19. Januar.

Gestern fand in Düsseldorf ein von 250 Parteiarbeitern besuchte Parteiarbeiterkonferenz statt, die zu den nächsten Aufgaben der Partei, zu den zu führenden Lohnkämpfen und zu den Beschlüssen der Plenarsitzung des ZK. Stellung nahmen.

Es wurde festgelegt, alle Kräfte zur Ausdehnung der Streikbewegung am Niederrhein zu mobilisieren.

Die Beschlüsse des ZK. fanden einstimmige Zustimmung.

Reformistischer Verrat an den Bergarbeitern von Süd-Wales

(Eig. Drahtber.) **London**, 17. Januar.

Der große Bergarbeiterstreik in Süd-Wales ist in sein entscheidendes Stadium getreten. Die Gewerkschaftsführer haben in einer Sitzung mit den Unternehmern eine Vereinbarung getroffen, deren Annahme eine schwere Niederlage der streikenden Arbeiter bedeuten würde.

Das Vertrags-Abkommen sieht eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit unter Tage ohne Lohnausgleich bis zum 1. März dieses Jahres vor. Die vorgesehene Einführung des Siebenstundentages, die durch die Einlegung einer Feierschicht in jeder zweiten Woche ohne Lohnausgleich erfolgen soll, wird auf drei Wochen hinausgeschoben. Nach dem 1. März wird von einem „unparteiischen" Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, gegen dessen Verbindlichkeitserklärung kein Einspruch eingelegt werden kann.

Praktisch bedeutet diese Vereinbarung eine tatsächliche Kürzung der Löhne, für deren Erhöhung die Bergarbeiter in den Kampf getreten sind. Die Gewerkschaftsführer haben das ungeheuerliche Abkommen unterzeichnet.

Am Sonnabend findet in Cardis eine Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterverbandes statt, die über Annahme oder Ablehnung des Abkommens der Gewerkschaftsbürokratie entscheiden wird.

Die RGO. (Minderheitsbewegung) hat nach Bekanntgabe der Vereinbarung der Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern eine breite Kampagne entfaltet, um die Bergarbeiter gegen den ungeheuerlichen Verrat der Gewerkschaftsführer zu alarmieren.

Freisprüche im zweiten Torgauer Kommunisten-Prozeß

Der Landbund als treibende Kraft der Torgauer Justiz entlarvt

(Eig. Ber.) **Torgau**, 17. Januar.

Der zweite Prozeß wegen der Erwerbslosendemonstration in Torgau am 13. November 1930, der am 16. Januar vor dem Schöffengericht in Torgau gegen die Genossen Kirske, Kloß, Schäfer, Brandt, Ida Voigt, Schadlischneider und Jaspel lief, durchgeführt wurde, bestätigt unsere Auffassung, daß

der Landbund als treibende Kraft hinter diesen Prozessen

steht. Während die elf Polizeibeamten nicht sagen konnten, wer aus der Menge der Demonstranten sich gegen den Polizeiterror zur Wehr gesetzt hatte und während sie die Angeklagten im einzelnen nur ganz unbedeutend belasteten, im Fall Kirske sogar übereinstimmend entlastende Aussagen machten,

versuchten eine Reihe von Zeugen, die mit dem Landbund zusammenhängen, vor allem die Genossin Voigt zu belasten und ihr die Rädelsführerschaft nachzuweisen.

Es marschierten nacheinander auf: Dr. Wischnjewsky, Landwirt; Schmiedemeister Haferkorn; Chefredakteur der „Torgauer Zeitung" Born; Landwirt Küstner; Staatsangestellter Winzer. Diese Leute machten den Eindruck einer geschlossenen Clique und ihre Aussagen stimmten alle darin überein, daß Genossin Voigt die Menge gegen die Abgeordneten aufgehetzt haben soll. In welcher Weise diese Leute voreingenommen waren, geht aus einer Aeußerung hervor, die dem Dr. Wischnjewsky entschlüpfte, als ihn der Verteidiger in die Enge trieb.

Er hatte nämlich die Genossin Voigt in der Menge gar nicht gesehen,

sondern nur eine Stimme gehört, die rief: „Schlagt die Biester tot." Auf die Vorhaltung des Verteidigers, daß doch die Möglichkeit bestehe, daß Genossin Voigt weggegangen sei, da er sie ja nicht gesehen habe, sagte er: „Wenn die weggegangen wäre, hätte es gar keinen Krawall gegeben."

Der Verteidiger Genosse Löwenthal konnte den Nachweis erbringen, daß mit Ausnahme Schäfers keinem der Angeklagten eine strafbare Handlung nachgewiesen werden könne. Das Gericht mußte sie freisprechen,

trotzdem der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten beantragt hatte. Der Haftbefehl gegen den Genossen Max Kloß wurde aufgehoben. Nur Schäfer wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von 2 Monaten soll eine dreijährige Bewährungsfrist eintreten. Er hat zugegeben, daß er einen der Abgeordneten, der die Anträge für die Erwerbslosen abgelehnt hatte, „belästigt" hat. Dies ist aber aus einer großen berechtigten Erregung heraus geschehen.

Er hatte von seiner Wohlfahrtsunterstützung nach Abzug des Logisgeldes nur 2,60 Mk. die Woche zum Leben.

Infolge des dauernden Hungerns fühlte er sich krank und ging am Vormittag des 13. Oktober zum Arzt. Dieser sagte ihm nach der Untersuchung wörtlich:

„Ich kann Ihnen nur versichern, daß Sie noch nicht verhungert sind."

RGO. — die entscheidende Kraft im Ruhrkampf

Unternehmer-Syndikus Grauert über die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie

Der berüchtigte Unternehmersyndikus Grauert, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Metallindustrie Nordwest, veröffentlicht in der „Kölnischen Zeitung" vom 14. Januar eine Betrachtung zum Kampf im Ruhrbergbau. Grauert hält die neue Schlichtungsnotverordnung für verfehlt, er ist der Ansicht, daß man auch ohne diese Notverordnung einen 6prozentigen Lohnabbau im Ruhrbergbau hätte durchdrücken können. Grauert weist dabei vor allem auf die Mithilfe der Gewerkschaftsbürokratie hin. Wörtlich schreibt er:

„Der Glaube eines großen Teils der Presse, daß jetzt mal wieder ein Riesenkampf an der Ruhr durch politische Mittel glücklich vermieden worden sei, ist eben ein fataler Irrglaube. Wer Einsicht in die näheren Umstände hat, ist sich im Gegenteil völlig darüber klar, daß eine gewerkschaftliche Kampftentfesselung auch bei 8 Prozent Lohnabbau keineswegs zu erwarten gewesen wäre — trotz des Netzes der kommunistischen Konkurrenz. Es sprach gegen die Kampfgefahr einmal die im Grund vorhandene bessere Erkenntnis der Gewerkschaftsführer. So ist es kaum zweifelhaft, daß in dem letzten amtlichen Schlichtungsversuch die Bergarbeiterverbände sich zu 6 Prozent Lohnabbau bequemt haben würden, schon um einen schlechteren, mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer zu fällenden Spruch zu vermeiden. Sie würden die Belastungsprobe, unter der ihre Verantwortung stand, und von der man sie in falscher Vorsorge entheben zu müssen glaubte, glänzend bestanden haben. Der so zustande kommende Selbstschlichtungsschiedsspruch würde zwar für Zechen- und Kohlenwirtschaft materiell nichts anderes und besseres gewesen sein, als der nun vorliegende Spruch der Unabhängigen. Aber er würde einen Schritt weiter bedeutet haben auf dem Wege praktischer sozialer Selbstverwaltungsarbeit, produktionspolitischer Mitarbeit der Gewerkschaften und damit sozialer und wirtschaftlicher Verständigung."

Grauert schätzt die Gewerkschaftsbürokratie ganz richtig ein. Und dennoch hat die Regierung Brüning mit der Notverordnung eingreifen müssen. Der einzige Grund zu allen den Manövern der Brüning-Regierung und der Unternehmer war der Streik unter Führung der RGO. Grauert meint zwar, daß man die Streikbewegung allein mit der Sencring-Polizei und evtl. mit der Reichswehr hätte niederschlagen können. Aber dieser Unternehmer-Scharfmacher schätzt den Kampfwillen der Bergarbeiter falsch ein. Die Regierung Brüning wagte es nicht, es auf eine Verlängerung und Ausbreitung des Ruhrstreiks ankommen zu lassen und nur deshalb hat sie den Zechenherren nicht die vollen versprochenen 8 oder 10 Prozent Lohnabbau gewährt. Es ist und bleibt eben Tatsache, daß der Streik unter Führung der RGO. die Pläne der Lohnräuber erheblich gestört hat, was die gesamte Arbeiterschaft ermuntern muß, überall gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu kämpfen.

Neuer Abbau der Arbeitslosenunterstützung droht!

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" meldet am 16. Januar:

„Die Reichsregierung plant, eine kleine Kommission zur Prüfung des Problems der Arbeitslosenversicherung einzusetzen. Die Kommission soll schon in der nächsten Zeit ihre Arbeit aufnehmen."

Die Brüning-Regierung will also eine Kommission, die die Bestimmungen für einen neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung ausarbeiten soll. Der durch die Diktaturverordnung erfolgte Abbau genügt der Brüning-Regierung noch nicht. SPD., die die Brüning-Regierung unterstützt, ist voll bereitwillist für den Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Die Vorbereitungen für einen Abbau bedeuten Alarm für Arbeitslosen, sowie für die Betriebstätigen. Heraus gegen Unterstützungsraub!

Erwerbslosendelegierte für den 18. Januar gewählt

A.-K. Lebendorf. Auch bei uns in Lebendorf sammelten sich die Erwerbslosen zusammengefunden, um den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufzunehmen.

Der Genosse Peter, Könnern, streifte die innen- und außenpolitische Lage. Nur die KPD. ist in der Lage, als Arbeiterpartei das schaffende Volk aus seiner Not zu befreien.

Es fand eine Diskussion statt. Ein Kriegsbeschädigter streifte die Not der Erwerbslosen, das Verhalten der Sozialfaschisten, Nazis und der Brüning-Regierung, er forderte zum Kampf auf, in die KPD. und RGO. einzutreten und den „Kleinen Roten" zu abonnieren.

Ein Landarbeiter sagte, daß der Tarif der Landarbeiter gekündigt ist und 20 Prozent Lohnabbau vorgenommen werden soll. Er forderte, daß die Landarbeiter sich in die RGO. einreihen, den Kampf gegen ihre Ausbeuter zu führen. Ein Genosse forderte auf, in die RGO. einzutreten, um den geschlossenen Kampf führen zu können.

Zwei Delegierte zur Kampfkonferenz gegen den Faschismus am 18. Januar in Könnern sind gewählt.

Die Arbeiter marschieren am 18. Januar früh 7.45 Uhr ab Lebendorf nach Könnern. Alles erscheinen.

Neuaufnahmen: 4 KPD.- und 7 RGO.-Mitglieder.

Ammendorf. Jahreshauptversammlung der Ammendorfer Samariterkolonne. Die am 11. Januar im Ammendorfer Kaffee stattgefundene Generalversammlung, welche stark besucht war, nahm die Berichte des Vorstandes entgegen. Der Kassenbericht war befriedigend, doch kann an größere Anschaffungen in diesem Jahre nicht gedacht werden. Der technische Leiter schilderte die starke Inanspruchnahme der Kolonne durch die hiesigen Betriebe. Mußten doch 160 Wochen mit 1262 Dienststunden geleistet werden. Erste Hilfe wurde in 445 Fällen geleistet, wobei bei 17 Fällen 47 Fällen zugezogen werden mußte. Transporte wurden 22 Fällen ausgeführt. Krankenpflegeartikel wurden in 12 Fällen ausgeliehen. Anfang Oktober begann ein neuer Samariterkursus mit 24 Teilnehmern unter Leitung des Herrn Dr. Kühl. Der neue Gemeinde gestellte Unterrichtsraum hat sich sehr gut bewährt. Die Wahl ging sehr schnell vonstatten, der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Die Geschäftsleitung bleibt also weiter in den Händen des Vorsitzenden Richard Pilger, Osendorfer Straße 8.

MASCH Marxistische Arbeiterschule Halle
Das Bildungsinstitut der Werktätigen
Technischer Leiter: Fritz Kizel, Turnerweg 18 p.

Anmeldung zu den Kursen in den Vorlesungsabenden — Kursen an den Abenden

Kursus G. Montag, 19. Januar: Vom Zunftgesellen zum modernen Proletarier (2. Abend).
Kursus D. Dienstag, 20. Januar: Vom Zarismus zur proletarischen Diktatur (2. Abend).
Kursus K. Dienstag, 20. Januar: Deutsch für Deutsche (1. Abend). Text: Kurt Tucholsky.
Kursus W. Mittwoch, 21. Januar: Wie entstand die menschliche Gesellschaft? (1. Abend).
Kursus K. Mittwoch, 21. Januar: Der Proletarier und das bürgerliche Recht (weiter Abend).
Kursus C. Donnerstag, 22. Januar: Politische Parteien und Tendenzen in Deutschland (weiter Abend).
Kursus L. Donnerstag, 22. Januar: Russisch für Anfänger. Erste Zusammenkunft.

Bund der Freunde der JAH.

Weißenfels. Montag, 19. Januar, Schulungskursus im „Tivoli". Referent Genosse Tittenbrunner.
Erdeborn. Montag, 19. Januar, 19.30 Uhr, bei Träger Lichtbildervortrag. Referent Genosse Reinke.
Leimbach. Dienstag, 20. Januar, Lichtspielabend. Gespielt wird der bemerkenswerte Film „Kirmesnteagödie".
Grüfenhainichen. Dienstag, 20. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in „Zum Adler". Referent Dornberger.
Halle-Zentrum. Dienstag, 20. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schwabe. Referent Winkler.

WALHALLA
Sie müssen sehen die fabelhafte Operette
Der Tanz ins Glück
Musik von Reb. Stolz

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch 20—22¼ Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Trauerspiel von Fr. Grillparzer
Dienstag 24/1 19—23 Uhr: Die Geisha. Operette von Sidney Jones
Letzt. „Zum alt. Fritz" Gustav Dietzsch Merseburg, ihre Kleinkunst 18 jeden Dienstag und Freitag 136
Schlachtfest u. Mittagstisch

Werbt für die Rote Hilfe

Achtung! Achtung!
Eröffnungsfeier
in „Webers Hotel", Merseburger Straße, am 20. Januar 1931
Dazu sind alle Freunde, Bekannte und Gönner ganz ergebenst eingeladen 248
Paul Trützschler und Frau
Für erstklassige Unterhaltungsmusik wird gesorgt.

Bockwitz
Empfehle meine 245
Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Thiemig, Fleischermeister u. Frau

Inserenten!
Fordert Offerten über Drucksachen ein

Frische Schweine-Leber 98 ₰
Prima Knoblauchwurst ¼ Pfd. 100 ₰
Frische Schweine-Nieren ½ 80 ₰
Schweinskopf 1 Pfund 38 ₰
Feine Molkerei-Butter 1 Stück nur 62 ₰
Schweinefleisch ohne Knochen 78 ₰
Frischer kerniger Schmeer 68 ₰
A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Soeben erschienen:
LUDWIG RENN:
Nachkrieg
„Nachkrieg" ist die Fortsetzung von „Krieg". Bürgerkrieg mit Reichswehr und Polizei usw. wird hier packend geschildert
Preis: Leinen Mk. 5,—, brosch. Mk. 3,50
Volksbuchhandlung G. m. b. H.
Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14

Nur 50 Pfennig
beträgt der monatliche Abonnementspreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land
„Mitteldeutsches Echo"
Bestellungen nehmen alle Trägerinnen und Postanstalten entgegen oder der Verlag, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Kleine Anzeigen haben hier Große Wirkung!

Kolossal billig
nur Dienstag in der
„Nordsee"
Große Ulrichstr. 58
Bernburger Straße, am Reilsch Steinweg, am Kannichen Platz Weißenfels, Züdenstr. 1 am Markt
3 Waggons sind eingetroffen. Nur weil Riesenfänge ist es uns möglich, zu nachstehenden Preisen zu verkaufen
Grüne Heringe mittel . . . ℳ 23,
Kabeljau ohne Kopf
Schellfisch o. Kopf
Seelachs ohne Kopf
Goldbarsch o. Kopf
ℳ 25,
Seelachsfilet . . . . . ℳ 45,
Schellfisch- u. Kabeljaufilet ℳ 55,
Rotbarschfilet . . . . . ℳ 60,
Kardonaden bratfertig . . ℳ 45,
Ferner: 253
Echte Sprotten Pfundkiste 45,
ausgewogen ¼ ℳ 18 ₰, ½ ℳ 35 ₰
Makrelenbücklinge . ½ ℳ 18,
Fleckheringe . . . . . ½ ℳ 30,

Herabgesetzte Preise!
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Wäscheeinricht. . . . 79,—
130 cm m. 3 teilig. Ansicht . . . 98,—
130 cm m. 99 u. Spiegel . . 119,—
150 cm m. 99 u. Spiegel . . . 150,—
Flur garderoben 29,— bis 75,— ℳ
Gebr. Jungblut
Ulrichstr. 37

Lest und verbreitet die kommunistische Presse

Das beste Kampfbuch gegen den Faschismus
ist der neue „Internationale Roman" von
GIOVANNI GERMANETTO:
Genosse Kupferbart
Kartoniert Mark 3,50, in Leinen Mark 5,—
VOLKSBUCHHANDLUNG
GmbH., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14

JEDEN FREITAG NEU!
ARBEITER-SENDER
ILLUSTRIERTE FUNKWOCHENSCHRIFT
Telegramm
bestellen sie sofort den arbeiter-sender bei ihrer postanst. preis ausgabe für das reich vierteljährlich ausgabe für mitteleuropa: rund 90 pfg. (einzeln. heftelpreis)
verlangen sie kostenlos probenummer von verlag arbeiter-sender berlin se 69, dresdenerstr. 10

Haustrauen, kauft nur bei unseren Inseranten!

Wer billig kaufen will
kauft Haushaltwaren bei
Das Haus der volkstümlichen Preise
SOBEL
Steinweg 45 — Große Ulrichstraße 57 — Im Norden am Reilsch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0004

reitag, den 23. Jan., 20 Uhr, öffentliche Sportlerversammlung

im „Volkspark" Halle (Saale) — Alle Vereine machen dazu mobil und rücken geschlossen an — Alle anderen Veranstaltungen fallen aus — Die Arbeitersportler von Halle demonstrieren an diesem Tage:

für roten Wehrsport, gegen den Faschismus!

Wieder ein neuer Kämpfer

Freie Turnerschaft Dommitzsch trägt gegen Piesteritz Solidaritätsspiele aus

Dommitzsch 1. — Piesteritz 2. 3:3

s Resultat entspricht dem Spielverlauf. Was D. im Sturm war, war P. in der Verteidigung besser. Flott vom Anfang Ende, fair und werbend für uns. Die linke Seite von D. war e das Spiel immer wieder in die P.-Hälfte brachte. Schuß Schuß sandte hl. aufs Tor. Doch die P.-Verteidigung verstand re Angriffe zu stoppen. Doch der P.-Sturm merkte noch den ergehenden Bauernabend in den Knochen. Durch die unsichere eidigung der D. kam P. kurz vor Schluß zum verdienten 3:3.

Dommitzsch 2. — Piesteritz 3. 1:2

konnte tatsächlich von Glück reden, als das zweite Tor fiel. Spiel nahm einen ruhigen Verlauf. Viel verdarb der Ueber- Bei ruhiger Ueberlegung mußten mehr Tore fallen.

Piesteritz (Jugend) — Dommitzsch (Jugend) 4:0

er hatte P. das Spiel vollkommen in der Hand. In der en Hälfte wurde D. richtig eingeschnürt und beschränkte sich inzelne Durchbrüche.

Piesteritz 1. — Gräfenhainichen 1. 6:1 (1:1)

der ersten Halbzeit leistete Gr. noch einigermaßen Wider- ließ jedoch in der zweiten Hälfte merklich nach. So konnte gleichmäßigen Abständen noch fünfmal einsenden. Schiri von leitete alle Spiele zur Zufriedenheit.

schau: Nächsten Sonntag spielt Piesteritz mit vier Mann- en gegen Jeßnitz. Beide Mannschaften haben gleiche Chancen. tz ist etwas besser, doch hat P. den Vorteil des eigenen es. P. 2. ist augenblicklich in guter Verfassung und wird Sieg holen. Doch bei der dritten und Jugend riecht es sauer. ritte vergißt immer das Schießen. Ein Sieg für J. wird hier sein. Und die P. Jugend wird wohl für J. Jugend ein harter er sein, aber zum Schluß doch als Verlierer vom Platze gehen

Sandersdorf 1. — Jeßnitz 1. 5:1 (1:0)

ntlich stellen sich beide Mannschaften dem Schiri und es ent- lt sich sofort ein flottes Spiel. Auf und ab wogt der Kampf, keiner Partei ist es vergönnt, einen Erfolg zu erzielen. Kurz der Halbzeit gelingt es S., den ersten Treffer zu erzielen. Nach Pause ist Jeßnitz etwas überlegen, aber der Torwart von S. ht es, sein Heiligtum reinzuhalten. Dann macht sich S. von Umklammerung frei und verstehen es, in kurzer Zeit vier schöne zu schießen. Beim Stande von 5:0 erringt J. das Ehren- Schluß 5:1 für Sandersdorf. Schiri gut. Sandersdorf 2. Jeßnitz 2. 4:1 (3:0). Sandersdorf 3. — Jeßnitz 3. 2:3. ersdorf Jgd. — Jeßnitz Jgd. 0:2.

Spiele Bitterfeld 03 1. — Mühlbeck 1., Bitterfeld Jgd. — lbeck Jgd., Bitterfeld 2. — Petersroda 1., Bitterfeld 3. — Peters- 2 fielen den schlechten Platzverhältnissen zum Opfer. Ram- hielt es nicht für nötig, Berichte zu schicken.

Resultate vom gestrigen Sonntag

Bezirk Halle

s schlechte Wetter hatte gestern wenig Spielmöglichkeiten zu- en. Der aufgeweichte Boden tat sein möglichstes dazu. Fol- e Spiele wurden ausgetragen.

Fußball

otha 1. — Greppin 1. 3:6 (3:6). (Zehn Minuten nach zeit abgebrochen.) Trotha 2. — Greppin 2. 5:1 (2:0). ha 2b. — Greppin 2b. 4:0. (abgebrochen). Trotha 3. gegen

Arbeiter-Athleten, Bezirk Halle

Sonntag, den 25. Januar 1931, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark

Gr. Meisterschafts-Ringkämpfe

Es ringen:

Sportvereinigung Achilles 1. gegen Atlas 1.

Sport-Klub 09 1. gegen Könnern 1.

249

pin 3. 4:3 (1:1). Trotha Jgd. — Greppin Jgd. 5:3 (4:2). öbers 1. — Reideburg 1. 13:5 (7:1). Gröbers 3. — Reide- 3. 6:2 (4:0).

rbig 1. — Wolfen 1. 6:3 (3:1). Zörbig 2. — Wolfen 2. Zörbig Jgd. — Wolfen Jgd. 6:0. rmlitz 2. — Brachstedt 2. 4:1 (2:0). Wörmlitz Jgd. gegen edt Jgd. 6:0 (1:0). S. 30 Jgd. — Atlas Jgd. 2:0 (abgebrochen).

Handball

öllwitz 1. — Nietleben 1. 5:1 (0:1). Cröllwitz 2. — Niet- 2. 4:4 (2:2). tenberg 1. — Wörmlitz 2 0:3 (0:2).

Weißenfels 1. — Viktoria Halle 1. 9:1 (5:0)

mußte auch der Gruppenmeister Viktoria die Segel vor 93 streichen. Aller- hätte niemand an eine derartige katastrophale Niederlage gedacht. Aber kommt es anders — und zweitens als man denkt. Wie der 93-Sturm be ist eben kein Kraut gewachsen. Die Bälle kamen dahin, wo sie hinge- Und dann, da konnten die Stürmer einfach nicht anders als schießen. Zu Tore fallen. Dann ließ aber Halles Deckung Schwächen offen — die weidlich t wurden. Daß Halles Sturm nicht zur Entfaltung kam, dafür sorgten er und Verteidiger. Glänzend die Abwehr- und Aufbauarbeit. War es einmal brenzlig vor dem 93-Tor, dann zeigte auch der Torhüter großes Mag für die hohe Niederlage V. der schmierige Platz eine kleine Ent- gung bin. Letzten Endes jedoch hatten beide Mannschaften darunter zu Eins ist aber doch zur Tradition geworden, daß 93 jedes Jahr die Gesell- spiele gegen führende Mannschaften gewinnt. Leider nicht in der Serie. ge gehen die Rothosen mit guten Hoffnungen in die Spielsaison. Der ... eingewandert.

Spielverlauf:

nach Anstoß — ein erfolgversprechender Angriff der Gäste. Doch der Ball ins Aus. Nach einer kleinen Druckperiode H. kommt 93 durch, glänzend ar- der LA. durch und der scharfe Schuß hängt. 93 führt in der vierten 1:0. Bald darauf hängt Nr. 2. Dann geht V. aus sich heraus, aber sie den Schlußmann nicht überwinden. Bis zur Pause erhöht 93 auf 5:0. Pause ist 93 weiter überlegen. Sie erhöhen auf 9 Tore. V. kommt durch zum verdienten Ehrentreffer. Einen Elfer schießen sie kurz vor Schluß Latte. Es konnte vielleicht der zweite Treffer sein. Aber leider. Trotz- Disziplin der Gäste trotz der hohen Niederlage anerkennenswert. F. J.

... 2. — Ißerben 2. 2:3 (1:3). Minerva trat mit Ersatz an, spielte ... dauernd überlegen. Durch Schußpech der Minerva-Stürmer vor ... Tor ging der Sieg für Minerva verloren. Das Ausgleichstor ... Schiedsrichter nicht gepfiffen. Die 3. Mannschaft hat am Mittwoch ... zur Mannschaftssitzung zu erscheinen.

Achtung! Zentralisation!

... wach, dem 21. Januar, 20 Uhr, im Schwimmerheim gemeinsame Funktio- ... von FTS. 1920 und FrWSV.. Alle Funktionäre beider Vereine werden ... restlos zu erscheinen. Teilnahme von Funktionären anderer Sport- ... erwünscht. ... Beckmann.

Opposition erobert den Zentralverein Hohenmölsen

Den Spaltern und Renegaten das Handwerk gelegt!

Vor einiger Zeit gelang der Opposition die Eroberung des Zentralvereins Hohenmölsen. Darüber geht uns folgender Bericht zu:

Schon in der letzten Vollversammlung des Zentralvereins Hohenmölsen lag ein Antrag der Spalter auf **A u s s c h l u ß** der oppositionellen Arbeiter-Schützen aus dem Zentralverein vor, der von der Mitgliedschaft **a b g e l e h n t** wurde. Daraufhin hatte der reformistische Vorstand alles getan, um den Verein, die Zentralorganisation der Hohenmöllsener Arbeiterschaft, zu zerschlagen. In der Generalversammlung vom 10. Januar standen diese Dinge erneut auf der Tagesordnung. Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung — Kassenbericht — ergriff, nachdem der Reformist Apelt dargelegt hatte, daß

der Kassenbestand vollständig verpulvert

sei, der Genosse **O t t o** das Wort. In seiner Eigenschaft als Revisor geißelte Genosse Otto die Machenschaften der Reformisten, die darauf hinausgegangen seien, den Verein finanziell zu ruinieren. Auch der Baufonds des Vereins von 500 Mark, der unantastbar angelegt ist, und über den nur die Vollversammlung beschließt, ist restlos abgehoben und verbraucht worden. Darauf ergriff Genosse **H e u p t** das Wort und zeigte auf, wie weit das „Interesse" des reformistischen Vorstandes geht. Er arbeitet nämlich nur auf Befehl der Bundesbonzen Gellert — Wildung usw., um die Opposition der Arbeiter zu zerschlagen.

Vergeblich drehten und wendeten sich die Reformisten und Renegaten unter den Anklagen der Genossen. Der Renegat **M e i ß n e r** versuchte vergeblich nachzuweisen, daß die vielen Ausgaben „notwendig" gewesen seien. Als nun der Jahresbericht vom Kassierer gefordert wurde, teilte dieser mit, daß er seit 23 Jahren das erstemal „vergessen" hätte, den Jahresbericht auszuarbeiten. Im allgemeinen Entrüstungssturm vergaß **G r u n e r t**, für den Kassierer Entlastung zu erwirken und ging zum nächsten Punkt — „Ausschluß der Opposition" — über. Dazu verlas er

ein Schreiben vom ZK., gezeichnet von Gellert, worin gefordert wurde, unbedingt die Opposition zu entfernen, oder sich selbst vom Zentralverein abzuspalten.

Die Turnabteilung, ebenso die Fußballabteilung hätten schon den Beschluß gefaßt, aus dem Zentralverein auszutreten. Auch die Radfahrer hätten diesen Beschluß gefaßt und den Antrag gestellt, den Zentralverein aufzulösen.

Jetzt wurde aber den Spaltern die Maske vom Gesicht gerissen. Sportgenossen Hoffmann und Hillner von den Radfahrern erklärten, daß Grunert derjenige gewesen sei, der in die Abteilungsversammlung gekommen sei, um die Radfahrer zum Austritt aus dem Verein zu bewegen. Die Radfahrerabteilung habe aber abgelehnt, einen derartigen Antrag einzubringen. Sportgenosse Müller erklärte, daß es den Reformisten nur darauf ankomme, aus den Sportvereinen eine SPD.-Organisation zu machen, zur Unterstützung des bürgerlichen Staates, mit dem die SPD. auf Gedeih und Verderben verbunden sei. Die Arbeiter-Turner und -Sportler seien früher immer stolz darauf gewesen, wenn sie von den Bürgerlichen und den Staatsinstanzen als **G e g n e r** angesehen wurden. Heute sollen sie mit Staatsunterstützung und mit Hilfe der Bundesbonzen zu Stützen des bürgerlichen Staates werden. Vergeblich versuchten die Renegaten, unsere Genossen mit Dreck zu bewerfen. Besonders Meißner, Lehmann, Neustädt, versuchten unsere Genossen in den Dreck zu ziehen. Genosse Böttcher rechnete mit dieser Sorte gehörig ab und gab sie dem verdienten Gelächter der Versammlung preis. Dann ließ Grunert über den Auflösungsantrag abstimmen, der gar nicht vorlag. Zehn bis elf Mann von den 200 Anwesenden stimmten dafür, alle übrigen reckten ihre Arme gegen den Antrag. Die Mitgliedschaft bewies, daß sie nichts mehr mit den reformistischen Spaltern zu tun haben will. Die dann folgende Vorstandswahl brachte diesen Spaltern den endgültigen Fußtritt.

Der Gesamtvorstand wurde mit oppositionellen Genossen besetzt!

Diese Vorgänge haben gezeigt, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht länger die sozialfaschistischen Machenschaften dulden will und mit den Spaltern Fraktur redet. Für die klassenbewußten Sportler von Hohenmölsen gilt es jetzt, den geschlagenen Feind nicht wieder hochkommen zu lassen und seinen Einfluß in den Abteilungen, in denen er noch einige Anhänger hat, restlos zu vernichten.

Unterstützt die Opfer des sozialfaschistischen Verrats

Aus Solidaritätsgründen wurden folgende Beträge für Union W. (Fall Klette) gesammelt:

ASC. Halle	8,70 Mark
Sportbrüder	7,05 Mark
Cröllwitz	5,— Mark
Schiri-Vereinigung	3,55 Mark

Den übrigen Vereinen zur Nachahmung der Solidarität empfohlen.

Roter Streikhelfer von der Polizei erschlagen

Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Sportler bei den großen Auseinandersetzungen mit in der vordersten Reihe kämpfen. Bei den Kämpfen im Ruhrgebiet beteiligten sich auch die Arbeitersportler in größerer Zahl an einer von der Kommunistischen Partei einberufenen Einwohnerstreikversammlung. Die **S o l i n g e r** Polizei bewies hier, daß sie ihren Kollegen in Berlin nichts nachsteht. Urplötzlich erschien ein Polizeiflitzer, dessen Besatzung unter dem Ruf absprang:

„Los, Ihr Schweine, wir werden Euch das Brüllen vertreiben"

und viehisch auf die Demonstranten losschlug. Auf diesen plötzlichen Ueberfall hin, wichen die demonstrierenden Arbeiter in eine Nebenstraße zurück, und als sie sich wieder sammelten, fanden sie den Sportgenossen Wilms, den Landesspartenleiter der Schützen des Rheinlandes, tot auf der Straße liegen.

Diese Tatsache sollte allen **u n s e r e n V e r e i n e n** ein Anlaß mehr sein, über die Diskussion hinaus praktisch an die Organisierung des Wehrsportbetriebes in ihren Vereinen heranzugehen, damit diesen Mordtaten ein entschiedenes Paroli geboten werden kann.

Landesfußballsparte Sachsen-Anhalt

Sonntag, den 22. Februar 1931, findet im Lokal „Goldene Spitze", Spitze 11/12, am Hallmarkt, erneut eine Landessparten-Vorstandssitzung statt, welche sich u. a. mit Wahlen zu beschäftigen hat. Jeder Bezirk (Bitterfeld, Halle, Eisleben, Weißenfels) hat je zwei Vertreter auf Landesspartenkosten bestimmt zu entsenden.

Landessparte. Schönfeld.

Landesleitung. Sparte Leichtathletik

Zu dem am 31. Januar bis 1. Februar und 21. Februar bis 22. Februar stattfindenden Kursus in Seeben für Leichtathleten und Kampfrichter haben die Sportwarte bis 23. Januar die Fragebogen an die Landesleitung Bergstraße 4, Lokal Fehse, einzusenden.

Fußballsparte, Bezirk Halle

Achtung, Vereine!

Bis Mittwoch 19 Uhr müssen alle Anträge für die Bezirks-Fußballspartentagung an Genossen Schönfeld eingereicht sein. — Später eingehende Anträge sind laut Satzung einzureichen (Dringlichkeitsanträge).

Spartenleitung. Schönfeld. Küfter.

Betr. Spartentagung!

Machen nochmals alle rückständigen Vereine darauf aufmerksam, Bezahlungen oder Anzahlungen sofort vorzunehmen, andernfalls kein Stimmrecht zugesprochen werden kann. Zahlungen nimmt Genosse W. Hingst, Diemitz bei Halle, Mittelstraße, von 18 bis 20 Uhr entgegen oder während der Montags-Geschäftsstunden.

Spartenleitung. Schönfeld. Hingst. Küfter.

Hast Du schon den Sportkalender 1931?

Dieses wichtige Handbuch muß jeder Arbeitersportler besitzen. Bestellungen sind zu richten an den

Kassierer der Landesleitung Gen. Arno Pezold, Halle (S.), Spitze 10.

Heute abend um 7 Uhr Treffpunkt der beteiligten Vereinsvertreter zur Bezirksspartakiade. — Noch nicht gemeldeten Vereine können bis zu diesem Termin nachholen. — Gleichzeitig Reichssatzungsausgabe pro Stück 50 Pfennig.

Mittwoch, den 21. Januar, im „Mansfelder Hof" Bezirks-Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen um 20 Uhr erforderlich.

Spartenleitung. Schönfeld.

Bezirkstag der Fußballsparte, Bezirk Halle

Sonntag, den 25. Januar 1931, vormittags 10 Uhr findet im „Volkspark" zu Halle der Jahres-Bezirkstag statt. Jeder Verein oder Abteilung delegiert einen Vertreter (auf eigene Kosten) mit ordnungsgemäßem Mandat. Ohne dieses kein Stimmrecht! Alle Vertreter haben außer Mitgliedsbuch Paß, Partei-, RGO.-, Gewerkschaftsbuch, Kirchenaustrittsbescheinigung sowie andere proletarische Mitgliedsausweise vorzulegen. Anträge sind schriftlich bis zum 19. Januar 1931 an Genossen Schönfeld einzureichen. Folgende Tagesordnung liegt vor.

1. Präsenz.
2. Jahresbericht des Vorstandes: a) Organisatorisches, b) Technisches.
3. Wahlen.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Bezirksspartenleiter. Schönfeld.

Arbeiter-Athleten. Bezirk Halle

Zu den am Sonntag im „Volkspark" stattfindenden Bezirkskämpfen haben die Vereine pünktlich ½11 Uhr an der Wage zu stehen. Die Vereine haben ihre Pässe vorzulegen, andernfalls sie nicht kämpfen können. Die Matte und Wage stellt Achilles, als Kampfrichter bei dem Kampf Achilles—Atlas sind folgende Sportgenossen Kampfrichter: Gustav Jacob 09, Fritz Schröder 09, ein Sportgenosse von Könnern. Bei dem Zweikampf 09—Könnern sind Kampfrichter: Maurer, Achilles, Haller Max, Atlas, Seifert, Achilles. Desgleichen hat jeder Verein zwei Mann zur Kassenbesetzung zu stellen.

Die Bezirksleitung: Gustav Jacob, technischer Leiter.

Vereinsmitteilungen

FTS. 30 (Fußball). Genossen, unsere nächste Mannschaftssitzung findet nicht wie üblich am Freitag, sondern schon am Donnerstag, dem 22. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Mansfelder Hof" statt. Vollzähliches Erscheinen dringend erforderlich. Zu der am Freitag stattfindenden öffentlichen Sportlerversammlung müssen alle Genossen erscheinen. 250

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0005

Rund um den Erdball

Hinterhältige Schikanen gegen Auswanderer nach der Sowjetunion

Amtsgericht Krossen auf Kindesraub

Arbeiter wird sein Kind entrissen, trotzdem er es in Sowjetrußland besser ernähren kann

Im folgenden veröffentlichen wir die Zuschrift eines Berlin-Neuköllner Arbeiters, der zum 18. Januar beabsichtigte, die Ausreise nach der Sowjetunion anzutreten, um dort als Meister in einem Charkower Betrieb am sozialistischen Aufbau mitzuhelfen. Da er drüben im ersten Vaterland der Arbeiter durch einen Monatslohn von 300 Rubel instand gesetzt ist, seinen 9jährigen Jungen Horst besser zu ernähren als im Young-Deutschland, beabsichtigte er, das Kind mitzunehmen. Doch hatte er seine Rechnung ohne das Vormundschaftsgericht gemacht, das durch das Amtsgericht Krossen das Jugendamt in Berlin-Neukölln veranlaßte, das Kind vor der Auswanderung zu den bösen Bolschewisten zu „sichern".

Nach der eidesstattlichen Versicherung des Schweißers Willi Natusch ist er seit etwa 2 Jahren von seiner ersten Ehefrau geschieden. Beide Teile sind für schuldig erklärt worden. Durch Quittungsbelege ist Natusch in der Lage, nachzuweisen, daß er für den jetzt 9jährigen Knaben Horst angemessen gesorgt hat. Kurz vor Weihnachten hat Natusch sein Kind zu sich genommen und seit der Zeit ständig bei sich gehabt. Am 18. Januar 1931 wollte er die Ausreise nach der Sowjetukraine antreten.

Als Meister in einem Charkower Betrieb waren ihm 300 Rubel monatlich als Lohn zugesichert.

Durch diesen Verdienst wäre er also besser als in Deutschland in der Lage gewesen, für den Jungen zu sorgen. Er beabsichtigte daher, ihn mitzunehmen. Da in Charkow, wo etwa 3000 Deutsche wohnen, auch eine deutsche Schule vorhanden ist, wäre daher auch für die Erziehung des Jungen, und zwar im sozialistischen Geiste, auf das beste gesorgt.

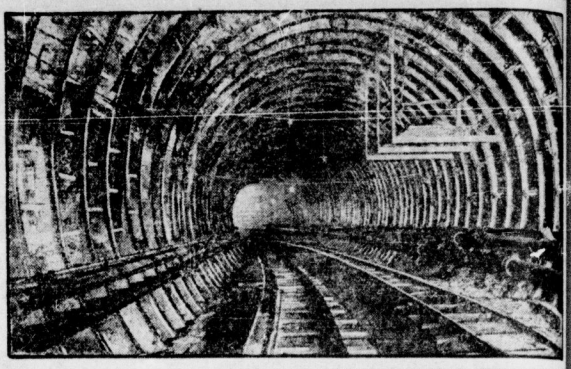
Am 13. Januar wurde Natusch jedoch von einem Beauftragten des Jugendamtes Neukölln aufgefordert, den Knaben der Jugendfürsorge vorzustellen. Als er das verweigerte, holte man ihm mit Hilfe der Polizei das Kind aus dem Hause. Auf dem zuständigen Polizeirevier erfuhr er, daß das Amtsgericht Krossen an der Oder, wo Natuschs erste Frau lebt, den Beschluß erlassen hat, ihm das Sorgerecht für den Jungen abzusprechen. Und der Grund dieser Schikane? Einzig und allein die Tatsache, daß Natusch nach der Sowjetunion auswandern will.

Selbst der Neuköllner Stadtrat Schneider, der der SPD. angehört, mußte diesen Kindesraub als vollkommen ungesetzlich erklären. Doch sein Einspruch bei dem Krossener Amtsgericht blieb ohne jeden Erfolg.

Der Junge ist nun auf Grund dieses ungeheuerlichen Beschlusses der Krossener Bolschewistenfresser im Berliner Waisenhaus in der Alten Jakobstraße untergebracht worden.

Ein Versuch des Vaters, sein geraubtes Kind zu besuchen, wurde vereitelt, denn ein Vater, der auch nur beabsichtigt, sein Kind mit in die „Sowjethölle" zu nehmen, wo ihm vielleicht der „Geist der Christen" geraubt werden könnte, hat selbst das bürgerliche Recht, wonach der Vater den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen hat, verloren. Wenn das Krossener Klassengericht jedoch glaubt, durch solche hinterhältigen Schikanen klassenbewußte Arbeiter abschrecken zu können, am Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion mitzuhelfen, so irrt es sich gewaltig.

Wilde Panik im Hudson-Tunnel



Im Untergrundbahntunnel, der Neuyork mit seinem Stadtteil Newjersey unter dem Hudson-Fluß hinweg verbindet, entgleiste ein überfüllter Zug. Erlöschen der Lampen und plötzliche Rauchentwicklung riefen unter den Fahrgästen eine Panik hervor. Sie schlugen die Fensterscheiben ein und liefen durch den Tunnel zur nächsten Station. In dem Gedränge wurden viele Frauen niedergetreten und schwer verletzt.

Sturm aufs Gefängnis — um hineinzukommen

Verzweiflungsaktion amerikanischer Arbeitsloser

Neuyork, 17. Januar. (Rote-Hilfe-Bericht.) **Der ganze Wahnsinn der kapitalistischen „Ordnung" offenbart sich in folgender Meldung: In Marsa im amerikanischen Staate Texas stürmten Hunderte von Arbeitslosen das Gefängnis, um dort ein relativ warmes Unterkommen zu finden. Die Polizei, jedoch, von der Verzweiflungsaktion der Arbeitslosen rechtzeitig unterrichtet, empfing die Vorstürmenden mit schußbereiten Gewehren. Denn — verdammt noch mal! — das Gefängnis ist doch kein Obdachlosenasyl!**

Der unmittelbare Anlaß zu der Massenflucht in das Gefängnis war die plötzlich einsetzende starke Kältewelle. Die Arbeitslosen wurden bis dahin dadurch „unterstützt", daß sie für sieben Stunden Notstandsarbeiten eine Wettersuppe bekamen. Obdach erhielten sie jedoch nicht. Die grimmige Kälte trieb diese Unglücklichen nun dazu, sich Unterschlupf im Gefängnis zu erzwingen. Aber selbst diese letzte Zuflucht wurde ihnen von den Gewehren der kapitalistischen Söldner versperrt.

Scheintoter wird lebendig

Vor einigen Tagen vermißte man in einer Bäckerei in Konstanz einen jungen Bäckergesellen. Man fand ihn schließlich in seinem Bette anscheinend tot auf. Der herbeigerufene Arzt untersuchte die Leiche und stellte ordnungsgemäß einen Totenschein aus. Wer aber beschreibt das Erstaunen seiner Arbeitskollegen, als der Totgeglaubte einige Stunden später frisch und fröhlich an seiner Arbeitsstätte erschien. Wie die Aerzte jetzt feststellten, war der junge Mann von einem Starrkrampf befallen worden.

6 Opfer des Abtreibungsparagraphen in einem Bauerndorf

Abtreibung durch rostige Fahrradspeiche

Kranke und siche Gebärmaschinen stehen vor dem Klassenrichter

Wien, 17. Januar. Auch in Oesterreich fordert der mörderische Abtreibungsparagraph unter den Arbeiter- und Kleinbauernfrauen tagtäglich seine Opfer. Aus der frommen Bauernschaft Hausmenning erreicht uns die Meldung, daß sich dort vor wenigen Tagen sechs Kleinbauernfrauen vor dem Klassenrichter wegen Abtreibung ihrer Leibesfrucht zu verantworten hatten. Wie man aus der Gerichtsverhandlung erfuhr, hat die Kleinbäuerin Anna Hager sechs kinderreichen Müttern des Dorfes, wahre Gebärmaschinen, die Frucht mittels einer — rostigen Fahrradspeiche abgetrieben.

Ein unvorstellbares Bild des Jammers! Sechsmal erschien vor etwa acht Wochen in dem Dorfe Hausmenning, in dem die Pfaffen und die „Hahnenschwänzler" (wie man die österreichischen Faschisten nennt) dominieren, das Sanitätsauto. Sechsmal an einem Tage verladen Krankenwärter eine vor Schmerzen sich windende und stöhnende Frau, um sie eiligst in das Kreiskrankenhaus zu transportieren.

Schwere Entzündung und Eiterungen im Unterleib stellten die Krankenhausärzte bei allen sechs Eingelieferten fest.

Fast sechs Wochen ringen diese unglücklichen Opfer des Schand- und Mordparagraphen unter den entsetzlichsten Schmerzen mit dem Tode. Der Kunst der Aerzte gelingt es jedoch, sie, wenn auch mit siechem Körper, am Leben zu erhalten. Jetzt sitzen diese Elendsgestalten, abgemagert und bleich wie der Tod, flackernde Angst vor dem Klassenrichter in ihren Augen, auf der „Armesünderbank".

Anna Hager, die „Weise Frau", die mit einer verrosteten Fahrradspeiche ihren Leidensgenossinnen ohne Entgelt helfen wollte, wurde zu acht Monaten schweren Kerkers verdonnert. Und die Opfer? Trotzdem sie völlig arrestunfähig sind, verknackte man sie doch noch zu 14 Tagen schweren Kerkers.

Wer den vor einigen Tagen hier veröffentlichten Ausspruch aus der Bannbulle des Papstes gegen die Abtreibung gelesen und noch in Erinnerung hat, wird uns beistimmen, wenn wir behaupten, daß diese Gerichtsverhandlung im Sinne des „Stellvertreters Gottes" in Rom gewesen ist. Aber auch die Nazis in Oesterreichs und Deutschlands, deren politisches Ziel im Dritten Reich die vollkommene Rechtlosigkeit der Frau ist, werden zu der schändlichen Verfolgung der sechs Bauernfrauen ihr „Heul! Heul!" brüllen.

Die Januarnummer der Linkskurve

Die 1. Nummer des dritten Jahrgangs bringt eine Reihe interessanter und aktueller Artikel aus allen Gebieten der Kultur und Politik. Wir heben hervor: Anna Seghers berichtet als Augenzeuge vom Moskauer Prozeß; Kurt Kersten und Esser bringen Arbeiten über das aktuelle Problem des Kulturfaschismus; K. A. Wittfogel behandelt in einer längeren Arbeit die Probleme der proletarischen Kultur; O. Biha nimmt kritisch zur Erscheinung Bert Brechts Stellung; Peter Walt gibt in seinem Artikel „Musik und Klassenkampf" einen aufschlußreichen Einblick in die Entwicklung der proletarischen Musik; eine Erzählung des bekanntesten proletarischen Schriftstellers Lettlands Linard Laizen „Die Angst vor der Fahne". Besonders unterstreichen wir die neue Rubrik „Bibliographie des Arbeiters", die eine systematische Uebersicht über die wichtigsten Erscheinungen aus allen Gebieten der Politik und der Kultur gibt. Eine Reihe Buchkritiken und Glossen beschließen dieses Heft.

Ueberall verheerende Schäden des Witterungsumschwunges

Heftige Stürme über Europa

Sturm wirft Eisenbahnzug aus den Gleisen — Großer Sachschaden im Hamburger Hafen — Englische Schiffahrt an der Westküste lahmgelegt

Der plötzliche Witterungsumschwung hat in der Nacht zum Freitag in ganz Europa gewaltige Stürme, die stellenweise zu Orkanen ausarten, ausgelöst. Von der gesamten Nord- und Ostseeküste werden schwere Weststürme gemeldet, desgleichen aus Mitteldeutschland, Schlesien und Bayern.

Aus Perleberg i. d. Mark kommt die Nachricht, daß der heftige Orkan, der in der Nacht zum Sonnabend wütete, im Kreise Priegnitz ein schweres Eisenbahnunglück verursacht hat. Zwischen den Stationen Gartz und Hoppenrade entgleiste infolge des orkanartigen Sturmes der von Perleberg kommende Kleinbahnzug. Der Zugführer wurde auf der Stelle getötet, mehrere Reisende erlitten Verletzungen. Die Strecke ist bis auf weiteres gesperrt. Der Sturm hat im ganzen Kreis Priegnitz riesige Schäden verursacht.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß der Sturm mit ungewöhnlich starken Regenfällen verbunden und die ganze Nacht andauerte. Namentlich im Hamburger Hafen hat der Orkan viel Sachschaden angerichtet. Ein japanischer Dampfer wurde losgerissen und geriet ins Treiben. Der einkommende Dampfer „Mantola" trieb, als er von vier Schleppern gezogen wurde, gegen einen anderen Dampfer, der stark beschädigt wurde. In den Straßen Hamburgs riß der Sturm zahlreiche Bäume um. Die Feuerwehr war die ganze Nacht hindurch beschäftigt. Im Kuhwärder Vorhafen wurde ein Dock abgetrieben, es riß mehrere Pfähle um und klemmte sich im Kaiser-Wilhelm-Hafen zwischen mehreren dort liegenden Fahrzeugen fest.

Auch aus England überstürzen sich die Katastrophenmeldungen. In den Häfen an der Westküste wurde die Schiffahrt am Freitag und Sonnabend **vollständig lahmgelegt.** Die großen Dampfer wurden durch die Gewalt des Sturmes so fest gegen die Anlegeplätze gepreßt, daß selbst schwere Schlepper sie nicht von der Kaimauer freimachen konnten. Ein neuerbauter Fischdampfer lief an der Nordwestküste Schottlands auf einen Felsen. Nur unter größter Anstrengung gelang es, die Besatzung zu retten. In Hull wurde ein Mann durch einen Windstoß auf die **Eisenbahnschienen geschleudert,** als gerade ein Zug heranjauste. Dem Unglücklichen wurde ein Bein abgefahren.

DER ROMAN DES KOMSOMOL
232 Seiten, broschiert RM 3.—, in Ganzleinen geb. RM 4.—
VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE • BERLIN

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

5 — 11. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Montag, 19. Januar 1931

Sekretariatstagung des Internationalen Komitees der Fabrikarbeiter!

11. Januar fand in Berlin die Sekretariatssitzung des Internationalen Komitees der revolutionären Fabrikarbeiter statt. Die Tagung beschäftigte sich mit den wichtigen Fragen der ökonomischen Lage der Fabrikarbeiter, insbesondere mit den Streikbewegungen der Glas- und Papierindustrie. Das Sekretariat beschloß, vor kämpfenden Glasarbeitern die Frage der Internationalisierung der Glasarbeiterkämpfe zu stellen. Das Sekretariat des Interkom. richtet einen Aufruf an die Glasarbeiter der Tschechoslowakei, Holands und Polens zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront. Das Interkom.-Sekretariat übernahm die Verpflichtung, als einzig führende revolutionäre Kraft der Fabrikarbeiter politischen und organisatorischen und Solidaritätsmaßnahmen zu treffen. In den ersten Kämpfen der Papierindustrie, die bereits Mitteldeutschland ausgebrochen waren, nahm das Sekretariat Stellung und zeigte hier bereits auf, wie auch diese Kämpfe der deutschen Papierarbeiter auf internationaler Basis aufgebaut werden müssen und daß die Kämpfe der norwegischen Papierarbeiter im Vorjahr bereits der Anfang dieser Entwicklung waren.

Sehr ausführlicher Weise und ganz konkret wurde das Problem der drohenden Kriegsgefahr und der Schutz der Sowjetunion behandelt. Die Politik und Aeußerungen des Dr. Duisberg, dem Leiter der kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen Deutschlands, der Vorsitzenden der IG. Farbenindustrie beweisen ganz deutlich, daß die chemische und Sprengstoff-Industrie sich als Hauptträger der aktiven Kriegspolitik fühlt. Andere Chemie-Industriellen spekulieren bei den Arbeitern den Krieg gegen die Sowjetunion als einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Wirtschaftskrise.

Immer wiederkehrenden organisierten Luftübungen, die Bestandslager an Gasmasken, die Schaffung gasdichter Unterstände in den Regierungsvierteln und die ungeheure Häufung der Arbeiterunfälle durch Giftgas und Explosionen in den Chemiebetrieben zeigen, wie die Kapitalistenklasse immer offener den Krieg vorbereitet. Die gewaltigen Neubauten chemischer Kriegsstoffe in Polen, die Militarisierung der kriegswichtigen Chemieindustrie in der Tschechoslowakei, das enge Bündnis des deutschen Kapitals mit dem deutschen Militär und die trotz der Wirtschaftskrise günstige Konjunktur der kriegswichtigen Chemie- und Sprengstoffbetriebe unterstreichen die verschärfte Kriegsgefahr.

Das Sekretariat des Interkom. hat den Beschluß gefaßt, mit aller Kraft die politische Aufklärungsarbeit unter den Chemiearbeitern zu verstärken, um die Kriegsgefahr abzuwehren. **Die revolutionären Tage zum Todestage der proletarischen Führer, besonders Lenins, der Internationale Erwerbslosentag am 25. Februar, bei den Vorbereitungen zu den Betriebsrätewahlen und zum 1. Mai sollen die Fabrikarbeiter aller Länder als Hauptlosung in ihrem Kampfprogramm haben, den Schutz der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr.**

Die bedeutungsvollen Beratungen sind gleichzeitig auch eine Verpflichtung an die Arbeiter und revolutionären Organisationen, die revolutionäre Antikriegsarbeit mit allen Mitteln zu unterstützen.

Gastwirts- und Kaffeehausangestellte können auch nur durch Kampf ihre Lage verbessern

R.K. Vom Zentralverband der Restaurant- und Kaffeehausangestellten fand in der vergangenen Woche eine öffentliche Versammlung statt für alle im Gastwirtschaftsgewerbe Beschäftigten. Es herrschte große Aufregung über die unzähligen Doppelverdiener im Gastwirtsgewerbe. Eine sachliche Diskussion setzte ein. Richtig wurde hervorgehoben, daß der Kampf nicht gegen die „Doppelverdiener", sondern gegen die Gastwirtsunternehmer geführt werden muß unter der Losung: **Gleicher Lohn für gleiche Leistung!** Einstimmig stellte die Versammlung fest, daß der Verband, besser die Verbandsbürokratie, vollkommen versagt (Es ist auch kein Wunder, wenn die vornehmste Aufgabe der Bürokraten das Organisieren von Kegelklubs ist) Die Unterdrückung der Gastwirtsangestellten ist in vielen Betrieben sehr stark. Wegen der kleinsten Vergehen werden die Kollegen vor den Spruchausschuß zitiert. Die Versammlung, die zu all diesen Dingen Stellung nahm, beschloß einstimmig, einen Vertreter der RGO. zu hören. Eine neue Versammlung findet in den nächsten Tagen statt. **Die Gastwirts- und Kaffeehausangestellten müssen begreifen, daß sie nur durch Kampf ihre Lage verbessern können.**

Metallarbeiter, eine Losung gilt:

Streik über die Köpfe der Verräter hinweg!

Die Verräterbonzen wollen Eure Kampfkraft zerschlagen — Schafft die revolutionäre Einheitsfront unter Führung der RGO. — Heraus aus den Betrieben!

Nachfolgender Artikel hat trotz der Verbindlichkeitserklärung des Hungerschiedsspruches in der Metallindustrie, seine volle Bedeutung. Es gibt keine andere Antwort auf Lohnraub als Streik. **Die Redaktion.**

Klar und offensichtlich, jeden Metallarbeiter deutlich erkennbar, zeigt sich bei der Lohnraubaktion der mitteldeutschen Metallindustriellen die Verräterpraxis der Metallarbeiterbonzen. Nicht nur, daß das Schanddokument Rößlers, der sogenannte „Aufruf an die Metallarbeiter Mitteldeutschlands" ein ausgesprochenes Verräterdokument darstellt, nein, auch die vorhergehenden Versammlungen waren von der Bonzenfraktie eingestellt auf das Unterwerfen der Metallarbeiterschaft unter das Lohnraubdiktat der Metallindustriellen.

Die Mitgliederversammlung der hallischen Metallarbeiter vom 14. Januar bewies das recht deutlich. Man hatte sich dazu den Hauptvorstandsbonzen Tost verschrieben, dessen Referat nicht eine einzige Kampfaufforderung enthielt. Die Quintessenz seiner Rede war, daß die Arbeiterschaft jetzt einen „politischen Lohn" habe! (Tost meint damit die vielen Posten, die sich die SPD.-Bonzen ergattert haben, und daß man selbstverständlich diesen „politischen Lohn" mit in Rechnung stellen müsse.) Man habe auch eine Verantwortung zu tragen gegenüber der Wirtschaft. Die Gewerkschaften hätten positive Vorschläge gemacht zur Erhöhung der Löhne und zur Hebung der Kaufkraft der Arbeiter. Sie fordern ferner eine Preisregulierung. Daß die Gewerkschaften sich bisher nicht durchsetzen konnten, liege an der „Unstimmigkeit" der Massen! Jedes Mitglied müsse es sich zur Pflicht machen, neue Aufnahmen für die Gewerkschaften zu tätigen, erst dann könne man, wenn diese geschlossene Front geschaffen sei, von der Abwehr zum Angriff gegen den Unternehmer übergehen. In der gleichen Linie wie Tost sprachen die Renegaten Drescher und Japp. Nur die RGO zeigte den richtigen Weg. Es sprachen der Jugendgenosse Liesche und der Genosse Mühlpforte.

Die Antwort der Bonzokratie war Ausschlußdrohung aus dem Verband! Ausschlußdrohung, weil sie den Kampf forderten und vor allem die Einheit mit den unorganisierten Kollegen.

Eine Erwerbslosenversammlung, einberufen vom Metallarbeiterbonzen Tenhagen in Merseburg, zu der nur gewerkschaftlich organisierte Kollegen Zutritt hatten, verlief in derselben Linie. Tenhagen machte eine blödsinnige Hetze gegen die RGO. Die Erwerbslosen hätten mit dem Kampf der Betriebsarbeiter nichts zu tun! Streiken könnten nur die Betriebsarbeiter! Verleumderisch behauptete er, daß sich Erwerbslose unter Tariflöhnen zur Arbeit anbieten. Auch hier war für jeden ersichtlich, was es bedeutet, wenn ein Bonze die Interessen der Betriebsproleten von den Interessen der Erwerbslosen trennt.

Die Bonzen wollen nicht die einheitliche Kampffront des Proletariats.

Für die RGO. sprach in dieser Versammlung der Genosse Richter, Merseburg. Die gestellte gewerkschaftliche Versammlung rechnete mit Tenhagen ab: Man lachte ihn aus. Wie würde es diesem Helden erst in einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung ergangen sein?

Das Schanddokument Rößlers, das sich „Aufruf" nennt und im „Volksblatt" veröffentlicht wurde, enthüllt die Verräterpraxis der Bonzen am allerdeutlichsten. Rößler schreibt, daß weit über 30 Parteien und Schlichtungsverhandlungen stattgefunden haben und daß die Bonzokratie mit den Metallindustriellen außerordentlich erbittert gerungen hätte! Die Entscheidung für einen Kampf wäre von der Verbandsleitung auf eine günstigere Zeit verschoben (auf den Sankt Nimmerleinstag!).

Rößler meint damit wahrscheinlich nach „Beendigung der Weltwirtschaftskrise". Nach der „Beendigung" die nur in den Hirnen ganz rückständiger Menschen besteht, die an Wahrsagerei glauben. Rößler weiß viel zu gut, daß eine günstigere Zeit nicht kommt.

Er hat ja während der günstigen Zeit, während der Hochkonjunktur in der Metallindustrie keinen Kampf ausgelöst, damit die Unternehmer in Ruhe ihre Profite schinden konnten. Während der guten Konjunktur kann die Gewerkschaftsbürokratie nicht kämpfen und während der schlechten Konjunktur kann sie auch nicht kämpfen, Rößler soll mal verraten, was eigentlich für ihn eine „günstige Zeit" bedeutet?

Das schamloseste in Rößlers Dokument ist die Tatsache, daß er schreibt, die Unternehmer setzen diktatorisch Lohnsätze fest, die unter dem Schiedsspruch liegen, der am 19. in Kraft treten soll.

Rößler wagt nicht einmal die Sätze zu nennen. Er spricht nicht aus, daß die Ausbeuter 20 Prozent Lohnraub wollen. So werden die Metallarbeiterkollegen in der Ungewißheit gelassen. So werden sie wissentlich betrogen.

Die Bonzen erwarten vom Schlichter für Mitteldeutschland noch eine Verhandlung, die ein „Einsehen" seitens der Metallindustriellen bringen soll, mit diesem Vorwand versuchen sie jede Streikrüstung zu unterbinden.

Die Unternehmer fragen nach nichts, sie pfeifen auf Schiedsspruch und Schlichtungsverhandlungen. Sie diktieren einfach Lohnraub, wie es ihnen paßt. Nur die Bonzen kommen mit dem Gerede der Tarifreue, nur sie kommen mit dem Argument, man dürfe keinen „wilden" Streik auslösen.

Und als letzten Verrätertrumpf enthüllt Rößler seine „Taktik". Nur einen Teil der Metallarbeiterkollegen will er „in den Kampf ziehen". Die anderen sollen „Gewehr bei Fuß" stehen!

Von vornherein will er durch diese Maßnahme die Schlagkraft der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft lähmen. Er spaltet die Streikarmee. Er tut das im Interesse der Unternehmer, im Interesse der „Wirtschaft", im Interesse der Brüning-Regierung, die um der SPD.-Posten halber von den Bonzen gestützt werden muß.

Kollegen! Metallarbeiter! An die Praxis Rößlers dürft Ihr Euch nicht kehren, sie führt Euch ins Verderben. Jetzt kann nur ein einheitlicher, geschlossener Streik helfen, ein Streik unter Führung der RGO. **Wählt Streikleitungen, die Euer Vertrauen besitzen, wählt organisierte wie unorganisierte Kollegen. Zieht Erwerbslosenvertreter hinzu, reiht die Frauen und Jugendlichen ein. Euer Metallarbeiterkampf ist ein Kampf im Interesse aller Werktätigen! Mobilisiert von Betrieb zu Betrieb. Heraus zum Streik für die von der RGO. propagierten Forderungen, vor allem für die Hauptforderungen:**

1. **gegen jeden Lohnraub!**
2. **für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich!**
3. **für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!**

Achtung! Anweisungen der RGO.

1. Betrifft RGO.-Erwerbslosenbeiträge

Die Erwerbslosenbeiträge betragen pro Woche 10 Pfennig. Darin stecken 5 Pfennig Bezirkszuschlag für den Erwerbslosenausschuß. Den erwerbslosen Kollegen wird die Industriegruppenzeitung dafür kostenlos geliefert. Die Zeitung „Der Arbeitslose" muß weiter verkauft werden. Die bereits in Umlauf befindlichen 5-Pfennig-Marken, müssen mit 10 Pfennig verkauft werden. Neu herausgegebene 5-Pfennig-Marken werden mit 10 Pfennig überstempelt.

2. Betrifft in Umlauf befindliche Sammellisten

Alle Sammellisten, die vom Bezirkskomitee der RGO. in den Ortsgruppen laufen, sind sofort an das Bezirkskomitee einzusenden. Geldbeträge sind auf das Postscheckkonto 243 11 Leipzig (Edith Stutz) einzuzahlen. Im Interesse der streikenden Papierarbeiter von Radewell muß sofort abgerechnet werden.

Die Adresse des Bezirkskomitees der RGO. ist: Otto Schlag, Halle (Saale), Plänerhöhe Nr. 2.

Zieht die Landarbeiter in die Kampffront

Brief einer Querfurter Landarbeiterfrau an den „Klassenkampf"

An die Redaktion!

Sehr gern lese ich die Berichte im „Klassenkampf" über die Verhältnisse auf Gütern. Es ist nicht zum Aushalten, wie die Gutsbesitzer jetzt vorgehen. Man hört im allgemeinen, daß viele Landarbeiter gar nicht wissen, was sie werden, daß sie auch nicht werden, wenn ihnen etwas abgezogen wird. Ich habe selbst in Querfurt bei dem Gutsbesitzer Willi Beyer gearbeitet. Mit mir zusammen arbeitete auch mit dort. Er ist jetzt mit entlassen. Ich kann es nicht leicht gehabt. Ich habe mein Recht gefordert. Mein Mann arbeitete auch mit dort. Er ist jetzt mit entlassen. Ich hätte mir das vorher denken daß es mal so kam. Als ich den Mann feierte und der Gutsbesitzer mit kündigte, hat er zu meinem Mann gesagt: „Sind Sie auch so wie Ihre Frau?" Jetzt stimmt der Lohn nicht, den mein Mann bei seiner Entlassung mitgebracht hat. Beyer behauptet einfach, es stimmt. Alle Arbeiter, vor allem die Landarbeiter müssen sich sofort zusammentun. Einzeln können wir gegen die Willkür des Agrariers gar nichts machen, aber gemeinsam sind sie stark. Es müssen recht viel Landarbeiterversammlungen durchgeführt werden. Dann kann man auch die Landarbeiter erfassen. Im Frühjahr läßt sich bei einem Landarbeiter sehr viel durchsetzen. Deshalb Landarbeiter hinein in die Partei. Hinein in die Kommunistische Partei.

Mit proletarischem Gruß!

Anna Trömel, Querfurt.

Wir haben dem Briefe der Landarbeiterfrau nichts hinzuzufügen. Ortsgruppen der Partei sollen sich mit aller Sorgfalt den Landarbeitern widmen und alle Möglichkeiten ausnutzen, die Landarbeiter restlos in der Kampffront des revolutionären Proletariats zu erfassen.

Lieber sollen die Kartoffeln versaulen ...

In dem Gute Petersdorf, ein Zweigaut von Kanderthurm, im wahrsten Sinne des Wortes die Junkerpetsche. Alles, was nicht parliert, fliegt. Vor kurzem wurden drei Arbeiter entlassen. Man hat Frauen jetzt zur Bedienung der Ochsengelpanne angezogen. Aus den Proleten soll alles herausgeschunden werden. Ein junger Inspektor, ein Nazi, handelt äußerst provokatorisch gegen die gesamte Gutsbeleghschaft. Der junge Mann will sparen. Dabei wird auf diesem Gute direkt gewühlt. Bei der letzten Kleinerwerbslosigkeit sind sage und schreibe noch **zwei Morgen Kartoffeln in der Erde!** Man hat sie stecken gelassen und nur oben das Kraut weggezogen. Dem Junker ist es noch lange nicht eingefallen, das Feld für die hungernden Erwerbslosen freizugeben zum Abernten. Hätte nur einer sich dort nachts Kartoffeln geholt, dann wäre er bestraft worden wegen Feldbiebstahls. So findet sich kein Richter und kein Staatsanwalt der gegen diese Junkerherrschaft vorgeht. Das sind so richtige gläubige Christen, diese Junker. Die zeigen eine Nächstenliebe gegen ihre Mitmenschen ...

Auch diese Zuschrift ist bezeichnend. Landproleten, macht Schluß mit dem Junkerterror, rüttet unter Führung der RGO. zum Streik! Kämpft um Eure Existenz! Kämpft gegen die unerträgliche, brutale Ausbeutung!

6% Lohnabbau in den Zurichtereien und Färbereien

Nur durch Kampf läßt es sich verhindern

A.-K. Nachdem im Dezember des vergangenen Jahres schon die Unternehmer zum ersten Schlag ausholten und die Ferien in der Zurichterbranche abbauten für alle diejenigen, die nicht unausgebrochen gearbeitet hatten, wodurch die Kollegen nur 10 bis 20 Prozent ihres Feriengeldes bekamen, geht jetzt der Unternehmer zum neuen Angriff über. Mit Hilfe der sozialfaschistischen Bürokratie ist es dem Unternehmer gelungen, einen fünf- bis sechsprozentigen Lohnabbau herbeizuführen. Es gelang in den sogenannten Filialversammlungen der Zurichterbranche den Gewerkschaftsbonzen noch einmal, die Kollegen zu übertölpeln. **Zurichter und Färberkollegen! Was kümmert Euch der Schiedsspruch und die Abmachungen der Bonzen! Nehmt in den Betrieben Stellung, stellt Eure betrieblichen Forderungen auf. Streikt!**

Auswirkungen der Hungerlöhne

Warenhausumsätze im November 14 Prozent niedriger als im Vorjahr — Bei der Kleidung wird am meisten gespart

Das „Institut für Konjunkturforschung" berichtet über die Umsatzbewegung in den Warenhäusern. Nach dem Bericht sind die Warenhausumsätze im November um rund 14 Prozent hinter dem Durchschnitt des Vorjahres zurückgeblieben. Der scharfe Rückgang im November drückt die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die katastrophal einsetzende Arbeitslosigkeit aus.

In der Gruppe Bekleidung war der Rückgang der Umsätze noch stärker. Bei den Warenhäusern betrug der Rückgang 17 Prozent, bei den Fachgeschäften mehr als 20 Prozent. In der Herrenkonfektion waren die Umsätze annähernd 30 Prozent niedriger als im November 1929. Der Umsatz bei Hausrat und Möbeln war rund 15 Prozent geringer als im Vorjahr. Nur die Umsätze an Nahrungs- und Genußmitteln waren verhältnismäßig dieselben als im Vorjahr.

Diese wenigen statistischen Angaben zeigen den Grad der zunehmenden Verelendung. Obgleich die Warenhäuser und die Fabriklager gefüllt sind, können die arbeitenden Massen, die das Gros der Kundschaft der Warenhäuser bilden nicht kaufen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und der an allen Orten einsetzende Lohnraub wirkt sich katastrophal auf den Konsum der Massen aus. Am stärksten wird bei der Kleidung und dann bei Hausrat und Möbeln gespart. Der Arbeiter braucht seinen Hungerlohn fast ausschließlich für die Ernährung und für die Miete. Diese beiden Posten weisen im Arbeiterhaushalt keine Preissenkung auf.

Die Herabsetzung der Preise für Textilwaren, also für Bekleidung, nutzt den Arbeitern nichts, da er auch zu herabgesetzten Preisen nicht kaufen kann. Darum jammern auch die Warenhauskapitalisten für den schlechten Geschäftsgang trotz des Inventurausverkaufs.

Wenn das Tempo der Entwicklung, die Senkung der Löhne der Arbeiter und die Zunahme der Erwerbslosigkeit in den gleichen Maße anhält wie bisher, ist der Zeitpunkt nicht fern, wo die arbeitenden Massen vollkommen verelenden und in Lumpen gehüllt einhergehen müssen. Die statistischen Angaben des „Instituts für Konjunkturforschung" sind aufreizend. Aufreizender ist jedoch noch die Wirklichkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0007

HALLE

Montag, 19. Januar 1931.

Lungenfürsorge . . .

Ein Briefwechsel

„Lungenfürsorge". — Immer ist jetzt dieses Wort um mich. Ich werde nicht froh und heiter, wenn ich es höre; denn ich muß dann an alle die denken, die diese Krankheit hinraffte. Die Statistik über die Ausbreitung dieser Proletarierseuche ist mir unbekannt, aber die Zahl derer, die aus meinem Bekanntenkreis von der Seuche hingerafft wurden — jung und lebensfroh — sagt mir alles.

An einen, der vielleicht noch mit dieser Krankheit ringt, muß ich besonders denken: Er ist mein Freund.

Freund — ja, er wurde es mir, als ich noch nicht Genosse war. Er hielt mich, als ich im Elend zu versinken drohte. Er war physisch wie psychisch stärker als ich und das war mir zum Nutzen. Ich lernte ihn kennen, als mich die Arbeitslosigkeit von Hause trieb, er gab mir das Leben wieder. Dann trennten wir uns.

Mein Freund ist im Westen. Ich wollte ihm nach, er warnte mich davor. Jahrelang haben wir uns nicht gesehen, aber unsere Freundschaft ist beständig, unser brieflicher Gedankenaustausch ist rege.

Eines Tages erhielt ich einen Brief von fremder Hand. „Erschrecken Sie nicht", hieß es darin, „Th. liegt im Krankenhaus". Dann schrieb Th. mir selbst.

„Ich brach eines Tages an der Werkbank zusammen — Blutsturz." Das war unfaßbar. Der starke, vor Lebenskraft strotzende Th. — lungenkrank.

„Hast Du ausschweifend gelebt?" schrieb ich ihm. „Nichts von alledem. Ich blieb immer der alte, war aber arbeitslos, habe gehungert und wurde dazu obdachlos. Ein Hundeleben führte ich. Dann wieder habe ich gearbeitet, Nächte hindurch für niedrigen Lohn. Man zwang mich dazu. Jetzt bin ich im Krankenhaus. Es geht mir schon besser, bald werde ich als geheilt entlassen . . ."

„Verstiegt, trügerische Hoffnung", schrieb Th. dann später. Er hatte nochmals einen Blutsturz. „Bin wieder im Krankenhaus."

Schwer wurde es mir oft, meinem Freund zu schreiben. Denn auch mir gings wiederum schlecht und dennoch, jetzt mußte ich ihn stützen.

„Habe meine Wohnung wechseln müssen. Meine Wirtsleute müssen meine Krankheit bemerkt haben. Als ich einen Tag liegen mußte, kündigten sie mir." So schrieb er mir.

Oft gings ihm so. Seine wechselnden Adressen sagten mir das.

„Jetzt arbeite ich wieder im Betrieb, mit einer halben Lunge. Meine Wohnung habe ich auch wieder wechseln müssen, aber ich glaube, zum letzenmal."

Darauf schrieb ich ihm einen langen Brief und warte jetzt schon lange Zeit auf Antwort. Ob vergeblich? Bedeckt ihn schon der Rasen?

Vielen von diesen Todeskandidaten wäre zu helfen; doch das kapitalistische System mordete sie unerbittlich.

Aber bald — bald wird es auch für lungenkranke Proletarier sonnigen Süden und ozonreiche Wälder geben . . .

Freispruch im Steuerstreikprozeß

Rote Kommunalfunktionäre bekennen sich zum Kampf gegen Steuerdiktatur

Am Sonnabend fand vor dem hallischen Schöffengericht abermals ein Steuerstreikprozeß statt. Angeklagt waren die Genossen Georg Salzer, Gerbstedt, Magistratsmitglied, Karl Reinfeld, Schildau (Kreis Torgau), Magistratsmitglied, Karl Braumann, Roßla, Schöffe, Albert Schmidt, Eisdorf, stellvertretender Gemeindevorsteher, sämtlich wegen Unterzeichnung des Aufrufes der kommunistischen Kommunalfunktionäre zum Steuerstreik.

Der Genosse Salzer, der im Namen aller Genossen sprach, führte aus, daß die Notverordnung überhaupt keine Gesetzeskraft hat, weil sie gegen die Reichsverfassung verstößt. Mit dem Diktaturparagraphen seien ja die anderen Artikel der Verfassung vollkommen aufgehoben. Der Staatsanwalt erklärte, daß die Verordnung auf Gesetz beruhe, weil nach § 48 der Verfassung der Reichspräsident das „Recht" hätte, Verordnungen zu erlassen, die Gesetzeskraft erlangen.

Unsere Genossen brachten daraufhin zum Ausdruck, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, den sie durch ihre Unterschriftsleistung bekundet haben und daß sie weiter wie bisher die Interessen der Arbeiterschaft durch schärfsten Kampf gegen die Steuerdiktatur vertreten werden. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Angeklagten 6 Wochen Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis.

Das Gericht kam zu einem Freispruch. Damit ist die Ungesetzlichkeit des Steuerraubs auf Grund der Notverordnungen abermals dokumentiert worden.

Wasserlieferungsvertrag mit der Wehag genehmigt

Der zwischen der Gemeinde Böllberg und der Städtischen Werke A.-G. Halle (Wehag) geschlossene Wasserlieferungsvertrag hat die Zustimmung der Gemeindevertreter gefunden. Nach dem Vertrag verpflichtet sich die Gemeinde zur Zahlung eines Baukostenzuschusses von 9500 Mark, während die Wehag behalten ist, binnen einer Frist von 9 Monaten nach Abschluß des Vertrages, drei Wintermonate abgerechnet, die Anschlußarbeiten durchzuführen. Der Preis für den Kubikmeter Wasser ist 4 Pfennig höher als der der Stadt Halle. Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, innerhalb 12 Monaten sein Grundstück an das Wasserleitungswerk anzuschließen. Zu den Erdarbeiten sollen in erster Linie Erwerbslose der Gemeinde herangezogen werden.

Verurteilung zweier Einbrecher

Vor dem hallischen Schöffengericht hatten sich der Kaufmann O. S. und der Arbeiter K. D. beide aus Halle, wegen schweren Rückfalldiebstahls zu verantworten. Unter den ihnen zur Last gelegten Straftaten befindet sich auch die Beraubung des Geldschrankes im hiesigen Fürsorgeamt, die am 8. Mai v. J. erfolgte. Hierbei fielen S. der diesen Einbruch allein ausführte, 1500 Mark Silbergeld in die Hände, bei dessen Ausgabe er sich verdächtig machte. Drei weitere Einbrüche und einen Einbruchsversuch haben die Angeklagten gemeinsam begangen die jedoch in der Verhandlung alles ableugneten. Das Gericht sah sie jedoch als überführt an und verurteilte S. zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und D. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Besoffene Nazis und Stahlhelmer überfallen wehrlose Arbeiter

Am Sonnabend gegen 20 Uhr kam es auf dem Böllberger Weg zu mehreren tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten, Stahlhelmern und Arbeitern. Etwa 15 bis 20 faschistische Heldenjünglinge, die vorher eine Brauereibesichtigung vorgenommen und sich dort Mut angetrunken hatten, gingen, als sie sich auf dem Nachhausewege befanden, bewußt auf Provokationen von Arbeitern aus. Jeden Menschen, der ihnen in den Weg lief, pöbelten sie in der unflätigsten Weise an. Passanten und Frauen wurden von diesem besoffenen Faschistengesindel belästigt. An der Weingartenschule rief einer ganz laut auf der Straße:

„Der erste beste rote Lump kriegt den Wanst voll!"

Vorher hatten sie an der Weingartenschule mehrere junge Arbeiter überfallen und in brutaler Weise mißhandelt. Hierbei wurden einige Arbeiter verletzt. Mehrere Nazis waren im Besitz von Dolchen und Schlaginstrumenten. Am Weingartenplatz überfiel dann die ganze Meute einen Arbeitersportler, der sich ohne jede Begleitung befand. Auch hier gingen die Nazis mit dem Messer gegen diesen Arbeiter vor. Einer von den Faschisten versuchte den Arbeitersportler

mit dem Messer ins Gesicht zu stechen.

Da der Arbeitersportler aber sofort die Hand vor das Gesicht hielt, drang das Messer in die Hand, wodurch eine stark blutende Wunde entstand. Der Arbeitersportler mußte sich später im Krankenhaus verbinden lassen. Er hatte außerdem noch einige Schläge über den Kopf erhalten.

Als die Polizei anrückte, machte sich der größte Teil der faschistischen Mordbuben aus dem Staube. Einige von ihnen wurden festgenommen und nach der Glauchaer Wache gebracht. Nach dem vorläufigen Polizeibericht sind vier Personen verletzt worden, darunter auch ein Nationalsozialist. Die von den Nazis und Stahlhelmern überfallenen Arbeiter sind keine Kommunisten, wie der Polizeibericht behauptet wird, sondern parteilose Arbeiter.

Auf der Polizeiwache benahmen sich die Faschisten wie Schweine. Die Ueberfallenen hatten sich ebenfalls zur Wache begeben, um gegen die Faschisten Anzeige zu erstatten. Sie wurden von den besoffenen Nazi-Strolchen in der gemeinsten Weise beschimpft. Weiter behaupteten dieselben, daß die Arbeiter die Angreifer gewesen seien. Auch gegenüber den Polizeibeamten nahmen sich die Faschisten Frechheiten heraus, die die Beamten ruhig über sich ergehen ließen. Ob die Polizeibeamten eine ebenso große Geduld und Duldsamkeit an den Tag legen würden, wenn z. B. Kommunisten gegen ihre Behauptungen protestierten?

Bereits am Freitag hatten mehrere Faschisten nach Beendigung der LVZ-Feier im „Gesellschaftshaus" in der Leipziger Straße Arbeiter angerempelt und geschlagen. Der erneute Vorfall am Sonnabend zeigt, daß die faschistischen Terrorbanden ihren Ueberfällen gegen die werktätige Bevölkerung nicht abzuschwören sind, daß sich angesichts dieses faschistischen Terrors der Arbeiter

dem Kampfbund gegen den Faschismus anschließen.

Die Straße gehört dem Proletariat und deshalb muß dem blutigen Treiben der Nationalsozialisten und Stahlhelmer äußerster Widerstand entgegengesetzt werden.

Arbeiterinnen, proletarische Hausfrauen des

Stadtteil Norden!

Heraus zur öffentlichen Frauenversammlung am Mittwoch, dem 21. Januar, abends 20 Uhr im „Volkspark".

Die Genossin Ella Seidel spricht über das Thema: Volksrevolution gegen faschistische Diktatur! Außerdem wirkt mit die „Proletarische Tribüne", Halle.

Kleingewerbetreibende und Mittelständler schicken Delegierte zum Kampfkongreß

Am 14. Januar fand eine vom Stadtteil Zentrum einberufene Kleingewerbetreibende- und Mittelstandsversammlung im „St. Nikolaus" statt. Genosse Günther wies zu anfang seiner Ausführungen darauf hin, daß gerade die Schichten der Mittelständler und Kleingewerbetreibenden, denen es früher im Verhältnis zu den Arbeitern immer noch ein wenig besser gegangen ist, jetzt schwer in ihrer Existenz bedroht sind und es höchste Zeit wird, daß sie in gemeinsamer Front mit den übrigen Werktätigen den Kampf gegen weitere Verelendung aufnehmen. Die Kleingewerbetreibenden, die größtenteils bei den Reichstagswahlen durch Abgabe ihrer Stimme für die Nazis, die SPD. und die Wirtschaftspartei glaubten die „richtigen" Vertreter ihrer Interessen gewählt zu haben, müssen heute selbst zugeben, ihre eigenen Henker gewählt zu haben. Der Referent konnte nachweisen, daß alle diese Parteien im Parlament für alle Verschlechterungen gestimmt haben. Alle Anträge der Kommunisten für Beseitigung der Umsatzsteuern, Abschaffung der Zwangsversteigerungen bei kleinen Geschäftsleuten, die durch die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse in Zahlungsschwierigkeiten kommen, Einbeziehung derselben mit ihren Familienangehörigen in die Sozialversicherung, wurden von allen Parteien, auch von den Sozialdemokraten, niedergestimmt.

Als Diskussionsredner traten mehrere kleine Geschäftsleute auf, die ihre Note durch die ungeheuren Steuerbelastungen zum Ausdruck brachten. Ferner zeigten sie selbst den Schwindel des Preisabbaues auf, der von der Regierung der Bevölkerung vorgeflunkert wird. Als Beispiel wurde die Demagogie des Preisabbaues der Firma Most angeführt. Alle kleinen Geschäftsleute haben vor Weihnachten noch Schokoladen zu alten Preisen von der Firma Most eingekauft, und jetzt verkauft Most nur in seinen eigenen Läden die Ware um 20 Prozent billiger und die anderen können nun zusehen, wie sie ihre Schokolade loswerden. Die Folge ist also eine große Geldeinbuße für die kleinen Geschäftsleute.

Die Diskussionsredner brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß sie sich mit der Arbeiterschaft verbunden fühlen und zur Kommunistischen Partei Vertrauen haben, weil sie die einzige Partei ist, die sich für die Interessen der Kleingewerbetreibenden und Mittelständler einsetzt. Um eine enge Verbindung mit den Arbeitern und Erwerbslosen herzustellen, wurden drei Delegierte zum Kampfkongreß gegen den Faschismus am 25. Januar gewählt.

Sturm und Gewitter über Halle

In der Nacht zum Sonnabend herrschte über Halle ein schwerer Sturm, der mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 13 bis 15 Sekundenmetern (Windstärke 8) dahinbrauste, zeitweise aber auch Windstärke 11 erreichte. An Dächern, Bäumen usw. wurden erhebliche Schäden angerichtet. Auch der Fernsprechverkehr hatte sehr unter der Gewalt des Sturmes zu leiden; besonders innerhalb der Stadt wurden erhebliche Störungen verursacht. Leider ereignete sich auf dem Hallmarkt auch ein schweres Unglück. Eine Frau wurde von dem Dach einer Fleischerbude, das der Sturm herunterriß, getroffen und so schwer verletzt, daß sie sich in klinische Behandlung begeben mußte. Auch am Sonnabend vormittag hielt der Sturm noch an. Gegen 5 Uhr morgens entlud sich über der Stadt ein leichteres Blitzschlägen begleitetes Gewitter. Das Rollen des Donners wurde jedoch durch das Brausen des Sturmes beinahe vollständig übertönt.

An die Geschäftswelt von Halle und Umgebung!

An alle AIZ.-Leser!

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir den bisherigen AIZ.-Kolporteur des Gebietes Halle-Süden sowie der Orte Reideburg, Büschdorf, Diemitz, Hohenthurm usw., Louis Reupert, wohnhaft Halle, Torstraße 25, aus unserer Vertriebsstelle entlassen mußten, weil er Sammellisten proletarischer Organisationen gefälscht und den Erlös der Sammlungen für sich verbraucht hat. Reupert beschafft sich nunmehr AIZ. Zeitungen von anderer Stelle und bietet dieselben überall als in unserem Auftrage kommend an. Größtenteils stellt er die lügenhafte Behauptung auf, daß er jetzt an Stelle eines früheren Verkäufers käme.

Wir ersuchen alle AIZ.-Interessenten, R. in jedem Fall abzuweisen. Bisherige Leser, die durch die jetzt erfolgte Umstellung nicht beliefert werden, bitten wir, sich direkt an uns zu wenden, entstehende Unkosten werden in jedem Falle vergütet.

AIZ.-Auslieferstelle Halle a. d. S.
Gottesackerstraße 13/14.

Unfug. In der vergangenen Nacht gegen 1.30 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach dem Völlberger Weg gerufen, wo mehrere Personen groben Unfug verübten und die Gaslaternen auslöschten. Die Täter konnten nicht mehr festgestellt werden.

Bedrohung mit dem Messer. Am Sonnabend gegen 20 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Köpziger Straße gerufen. Dort war ein Fuhrunternehmer von einem Manne mit einem Messer bedroht worden. Der Täter hatte sich beim Eintreffen des Ueberfallkommandos bereits entfernt.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in einer Bäckerei in der Merseburger Straße ein Einbruch verübt. Es wurden einige Mark bares Geld und mehrere Zentner Schokolade.

Theater, Konzerte, Vorträge

Walhalla-Theater

„Der Tanz ins Glück"

Selten hat wohl eine auswärtige Künstlertruppe so viel auf einer hallischen Bühne feiern können, wie das Ensemble des Wiener Apollo-Theaters. Mit der dreiaktigen Operette „Der Tanz ins Glück", zu der Robert Bodanzky und Bruno Hardt-Warden den Text geschrieben und Robert Stolz eine reizvolle Musik geliefert haben, wird die Reihe der erfolgreichen Aufführungen der nun in Halle schon beliebten Künstler aufs neue eine, die vorangegangenen noch übertreffend, vermehrt.

Wenn auch das Lied vom falschen Grafen schon ein alter ist, so wurde hier doch eine neuer, an originellen Einfällen reicher Humor auf die Spitze treibender Text verwandt, der dann ebenso schmissige wie gefällige Musik das Publikum beinahe dem Häuschen bringt.

Doch was wäre diese Operette ohne die Schauspieler, die in der Rolle des unschuldig in den Gratenstand geholten Fräuleins, der sich erfolgreich in die wirklich naive Lizzi, die lockende Tochter des Hutfabrikanten Adam Mutzenbecher, verwandelt. Letzterer kann diese, allerdings nur auf der Bühne und im vorkommende Verbindung nicht verhindern, weil er selber erhält auf „verbotenen" Wegen erwischt wird — von seiner Tochter. Zu dem neuen Operettenverfolg tragen außer Smoboda vor allem Paul Guttmann als philosophierender Logenschließer und ehemaliger „gräflicher" Kammerdiener, der seine Pappenheimer kennt, Hans Bergmann als Hutfabrikant, über den man Tränen lacht, Dolly Falbe, beinahe echt in der Rolle einer holdseligen Filmdiva, wahrhaftig ein Weib mit Haaren auf den Zähnen, Mimi Brix, das heiratslustige Töchterchen des pp. Hutfabrikanten bei.

Nicht zuletzt sei das Orchester erwähnt, das unter der Leitung des Kapellmeister Max Klier für den Erfolg der Aufführung das Bestes beisteuert.

Der Beifall für die Darsteller ist groß. Wiederholungen werden gefordert. Ein Beweis, daß sich die Operette ihr Publikum im Sturm erobert hat.

Thalia-Theater: Der Muttergatte

Schwank von Avery Hopwood — Spielleitung Alfred Durr

Für die immer mehr in Erscheinung tretende Verflachung des Stadttheaterspielplans ist dieser Schwank geradezu ein Muster. Ein Reißer, wie man ihn braucht, um die Finanzen zu sanieren, damit auch die bürgerlichen Theaterkrise geselbt hat, etwas heben zu können. Dem bürgerlichen Stammpublikum kommt dies damit natürlich voll und ganz entgegen. Es kreischt vor Vergnügen auf, wenn auf der Bühne das Schlemmerleben der Bourgeoisie gezeigt wird. In diesem Schwank wird nämlich demonstriert, wie eine Ehe, die wegen „Uninteressiertheit" eines Teiles — im vorliegenden Falle des Mannes — einen Knax erhalten hat, wieder kitten lassen werden kann. Da wird mit Cocktails, Champagner und Kognak jalat allerhand Schindluder getrieben. Solche Szenen stellen die Geschmacklosigkeit dar, da es offenbar nicht die Absicht des Autors Hopwood gewesen ist, der Bourgeoisie ihren eigenen Spiegel zuhalten.

Es ist eben schlechtes Unterhaltungstheater, das lediglich gespielt wird. Robert Jungk vollbringt wieder eine Glanzleistung, die denen in Hulla di Bulla oder Charlens Tante nichts nachstehen. Er ist der Motor der ganzen Aufführung, ohne ihn kaum denkbar wäre. Die überwältigende Komik des Spiels, seine unübertreffliche Mimik, bringen das Publikum vor Vergnügen außer Rand und Band. Wenn Jungk sich auf der Bühne austobt, dann erzittern die Wände unter den dröhnenden Lachsalven. Schade, daß solche Kräfte sich an derartig faden Stoff verzeiteln müssen und ihr Können doch besserer Sachen fähig ist. Dasselbe gilt von sämtlichen Darstellern — in diesem Sinne Ortrud Wagner, Ruth Ambach, Käthe Löther, Bochnert, Felix Norfolk, Werner Zeugner und Grey — die ihre Rollen glänzend meistern.

Operetten-Premiere im Stadttheater. Morgen, Dienstag, geht als Neuheit zum „Die Geisha" oder: Die Geschichte eines japanischen Teehauses" eine Operette von Sidney Jones, unter der musikalischen Leitung von Walter Trumpener und Spielleitung von Paul Herrl zum erstenmal in Szene. Es wirken u. a. mit: Damen: Anne-Liese Bahow, Marion Kaufmann und Charlotte Wegener, u. a. die Herren: Erich Heimbach, Paul Herrl, Hans Schwarz, Max Schmidt, Otto Tiedemann. Bühnenbild: Heinz Behrens.

Wir wird das Wetter

Dienstag: Ruhiges, ziemlich trübes Wetter und zeitweiser Niederschlag. Vorübergehend auch in den unteren Gebirgslagen Regen. Später wieder kälter.

Mittwoch: Beginn einer längeren Frostperiode nicht ausgeschlossen.

Hosenträger ◆ billigst ◆ Gummi-Bi

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0008

ingender Appell

Helft den Streikenden!

Mitteldeutsche Arbeiter!

eit über 14 Tagen stehen die Arbeiter der Ammendorfer ppenfabrik im Streik. Diese kleine, tapfere Arbeiterpe hat selbst nach dem Abbruch des Cröllwitzer Streiks mutig ter Energie kämmerten sie in die Hirne der uns noch fernstehenden eiter den Gedanken des Solidaritätsstreiks, des Streiks eigene, selbstaufgestellte Forderungen.

ertrauen von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, die allen Mitteln den Cröllwitzer Streikenden in den Rücken fiel nach Abbruch desselben mit Zustimmung des Unternehmers demokratische Arbeiter vermittelte, sahen die Streikenden in der

RGO. ihre einzige Führerin im Kampf.

ch rückhaltlosen Eintritt der gesamten Belegschaft in die RGO. be- hten die Streikenden ihr ganzes Vertrauen zu ihrer Kampf- ganisation. Mehr denn je gilt es auf dem schnellsten Wege den chenden Hilfe zu bringen. In allen Betrieben müssen sofort chaftsversammlungen organisiert werden, vorbereitende Kampf- gen gewählt und Streikbeschlüsse gefaßt werden. Ein vom lichen Schlichter Hauschild gefällter Schiedsspruch diktiert den eitern der Papierindustrie 5 Pfennig Lohnraub pro Stunde. Antwort auf diesen Hungerschiedsspruch kann nur der Streik Streik für die aufgestellten Forderungen. Streik zur Abwehr Lohnraubs. Das ist die beste wirksamste Hilfe!

rüber hinaus ist es notwendig die Spekulation der Unter- er auf ihren zuverlässigsten Verbündeten, die Streikenden Hunger mürbe zu machen, restlos zu zerschlagen. Schon vor Streik hat die Belegschaft unter wochenlanger Kurzarbeit ge- . Familienväter sind mit 12 bis 15 Mark pro Woche nach gegangen. Jetzt drohen Exmittierungen, weil einzelne Ar- er die Miete nicht bezahlen können. Das kann und darf nicht ehen.

Organisiert sofort Sammlungen

ie Streikenden in allen Betrieben! Fordert, wo das noch nicht ist ist, schnellstens Streiksammellisten vom Bezirkskomitee der en. Und vor allem sendet sofort die gesammelten Gelder Bezirkskomitee der RGO., Adresse: Otto Schlag, Mdd., Plannerhöhe 2.

Wie tut dringend not! Nehmt sofort Verbindung mit den ikenden auf und fordert Referenten von der Streikleitung für Belegschaftsversammlungen an (Telephonnummer der Streik- ung: Ammendorf 477).

Es lebe die siegreiche Streik der Papierarbeiter unter Führung der RGO.!

Es lebe die Solidarität des mitteldeutschen Proletariats!

Bezirkskomitee der RGO. Halle-Merseburg.

Tödlicher Strafvollzug in Leipzig

Mund in Untersuchungshaft abgenommen — Rote Hilfe ruft zur Solidarität

ch demselben Rezept, mit dem Genosse Kobitsch-Meyer den Strafvollzug getötet wurde, nach dem Genosse Karl anderend erledigt werden soll, werden jetzt in Leipzig ge- Arbeiter im Gefängnis durch skandalösen Strafvollzug zu- richtet. Es handelt sich um die Opfer der bekannten affäre im Leipziger „Waffendiebstahls"-Prozeß, die seit ergangen Jahres in Untersuchungshaft sitzen.

Rote Hilfe Leipzig teilt der Oeffentlichkeit mit, daß Genosse Döring während seiner Haft zum Skelett abgemagert ist. liegt und schreibe 45 Pfund abgenommen. Weit schlimmer aber liegt der Fall des Genossen Mettin. Dieser Genosse, Ketzenbeckenentzündung. Statt ihn in ein Krankenhaus bringen, wurde er in eine Sonderzelle gelegt, wo er von Mit- gefangenen flüchtig versorgt wird. Bewußt und absichtlich wird eine sach- und fachgemäße Behandlung verhindert, obwohl der untersuchende Arzt Dr. Schmidt-Weland erklärt daß der schwererkrankte Arbeiter in einem Krankenhaus viel behandelt und gepflegt werden könnte.

kundet ist, daß die Untersuchungsbehörde dem Arzt Schweige- gegenüber der Frau des Genossen Mettin geboten hat, so dieser erst nach vielen Schwierigkeiten gelang, zu erfahren, woran ihr Mann erkrankt ist.

Werktätigen fordern die sofortige Ueberführung der schwer- politischen Gefangenen in ein ordentliches Krankenhaus.

-Mann kommt zur roten Klassenfront

Zschopau in Sachsen ist der bisherige SA.-Mann Arthur wald aus der Nazipartei ausgetreten. Der Arbeiter be- seinen Schritt folgendermaßen:

Wenige Tage ist es her, als ich noch in den Reihen der nalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" kämpfte. Was ert mit eigenen Augen sah und miterlebte, bewog mich dazu, Front des revolutionären Proletariats überzutreten. Ich stellen, daß wir in der NSDAP. tatsächlich die Sold- der Unternehmer waren. In unsere Stil. hat ein Unter- ein und bekam sofort den Posten eines Sturmführers Tag gegen das Zinskapital hatten wir vollbracht, wohl Bürgerkriegsübungen gegen das Proletariat, um den Kampf der Arbeiterschaft blutig niederzuschlagen. Den Arbeitern in der NSDAP. und SA. rufe ich zu: mit dem Beispiel, tretet aus dieser Kriegspartei aus und zur roten Klassenfront."

Arthur Hegewald, Zschopau, Rosengasse 1,
Ehemaliges Mitglied der NSDAP. und SA.

sich die Nazi führer entlarven und immer deutlicher als Kriegshetzer zeigen, um so mehr wächst die Rebellion inner- ehemaligen Anhänger der Nazipartei. Besonders die Tat- die Nazi führer beim Streik der Ruhrbergarbeiter zum aufgefordert haben, öffnet vielen Arbeitern die Augen, der NSDAP. folgten. Es kommt jetzt darauf an, allen Anhängern der Nazipartei die Wahrheit über die Führer klarzumachen, und es wird gelingen, Tausende Proletarier für die rote Klassenfront zu gewinnen.

Die gestrigen Kampfkonferenzen gegen den Faschismus sind ein

Signal für alle mitteldeutschen Werktätigen

denn die faschistische Mordgefahr wächst!

Die im größten Teil unseres Bezirks durchgeführten Kampfkonferenzen gegen den Faschismus und in einem nicht minder großen Teile noch durchzuführenden Konferenzen dieser Art sind der beste Ausdruck für die fortwährende Verbreiterung der gegen den Faschismus gerichteten Kampffront. Auf allen Kampfkonferenzen gegen den Faschismus kommt insbesondere die **politische Mobilmachung breitester Volksschichten gegen den Faschismus zum Ausdruck.** In dieser Hinsicht zeigen sich, wie es der Verlauf der Konferenzen selbst beweist, daß es vorwärts geht. Gleichzeitig muß aber auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es gegen den Faschismus nicht nur politische Mobilisierung geben kann, sondern daß mit **dieser Mobilisierung Hand in Hand gehen muß die Wehrhaftmachung des werktätigen Volkes gegen den Faschismus.**

Wie unumgänglich der wehrhafte Kampf gegen den Faschismus ist, beweist eine kurze Uebersicht über

das Wüten der faschistischen Mord- und Terrortruppen zu Beginn dieses Jahres 1931:

Die Nazi-Mordgarden, die im Jahre 1930 35 Arbeiter töteten und 100 schwer verletzten, haben gleich das neue Jahr mit der Ermordung eines Arbeiters und eines Angestellten und mit zahlreichen Ueberfällen auf Arbeiter in **allen Teilen des Reichs** eingeleitet.

In **Berlin** allein wurden gleich zu Beginn des Jahres in fünf Stadtteilen Arbeiter von Nazis überfallen. Im Stadtteil Prenzlauer Berg wurden Mitglieder eines Radfahrervereins von den Nazis mit Messern überfallen und ein Arbeiter durch einen Dolchstich schwer verletzt. In Neukölln überfielen Nazis eine Arbeiterwirtschaft, wobei sie in die Flucht geschlagen wurden. In Moabit überfielen die Nazis ein Arbeiterlokal und zertrümmerten die Einrichtung. Zwei Arbeiter wurden von ihnen so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Im Nordosten Berlins, in der Husselandstraße erschossen die Nazis den Reichsbannermann Schneider und den SPD.-Mann Herbert Graf.

Aber nicht nur auf der Straße, sondern bereits schon auf der Eisenbahn bedrohen die Nazis die Arbeiter. Im Eisenbahnzug Berlin-Rathenow überfielen Nazis Reisende, die mit ihren Tiraden nicht einverstanden waren, so daß die Reisenden die Notbremse ziehen mußten, um der Gefahr für Leib und Leben, die ihnen durch die mord- und radaulüsternen Nazis drohte, zu entgehen.

Vor ihren planmäßigen Ueberfällen waren die Nazis zu einer Feier versammelt, wo Goebbels die bekannten blutrünstigen Tiraden gehalten hat und so die notwendige Atmosphäre zu den Ueberfällen schuf. Aufgerüttelt wurden damit die Nazis auf die Berliner Arbeiter losgelassen.

In **Stuttgart** gingen die Nazis nicht weniger einheitlich in der Neujahrsnacht gegen Arbeiter vor. Hier waren, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" zu berichten weiß, die Zusammenarbeit der Polizei mit den Nazis gegen die Arbeiter eine vollendete und offene.

Die Mordabteilungen der Nazis waren mobilisiert, um eine Veranstaltung der proletarischen Jugendwehr zu überfallen. In den einzelnen Stadtteilen überfielen die Nazis die Arbeiter und schlugen sie zu Boden. Ein Arbeiter wurde von den Nazis überfallen, niedergeschlagen und dann von ihnen zur Polizei geschleppt.

Beamte der Politischen Polizei machten gemeinsam mit den Nazis Jagd auf Arbeiter,

wobei alle, die die Polizei für Kommunisten hielt, verhaftet wurden. Die Polizei fuhr gemeinsam mit Nazis zu dem Hauptquartier der Nazis in den „Hauptstatter Hof", um für ihre Aktion Verstärkung durch die Nazis zu holen. Die Nazis waren auf die verschiedenen Lokale aufgeteilt und fingen mit dem Bewußtsein, die Polizei als Rückendeckung zu haben, mit den anwesenden Gästen, meist Arbeitern, Streit an. In einem Lokal in der Sophienstraße fielen 30 Nazis über 11 in dem Lokal anwesende Arbeiter mit Gummiknüppeln, Schlagringen und Messern her.

Dem Arbeiter Schopf wurde der Arm buchstäblich zerschlagen und sein Gesicht mit Messern zerfetzt, drei andere Arbeiter ebenfalls durch Schläge und Stiche schwer verletzt.

Die Nazis stürzten sich mit dem Ruf: „Schlagt sie tot! Keiner von den Roten darf davonkommen!" auf die Arbeiter.

Natürlich haben die 11 Arbeiter sich in der Situation der höchsten Gefahr nicht mit Bierdeckeln, sondern mit den Mitteln, die sie zur Hand hatten, zur Wehr gesetzt. Dabei erhielt ein Nazi einen Stich in die Brust.

Die Stimmung zu diesen Ueberfällen auf Arbeiter war wochenlang von den Nazi führern geschaffen worden.

Der Nazi-Reichstagsabgeordnete Dreher verdeutlicht in einer Versammlung in Zuffenhausen den Nazimord an dem Arbeiter Weißhaupt, indem er seinen Banden zurief:

„Blut klebt die Kameraschaft!"

Das Naziblättchen in Stuttgart hetzt seit Wochen schon in unverblümter Sprache zum Arbeitermord:

„Den roten Banditen werden wir es zurückzahlen. Auge um Auge, Zahn um Zahn."

Angesichts dieser klaren Tatsachen ist die Haltung des „Vorwärts" von besonderer Erbärmlichkeit, wenn er zu den Vorgängen in Stuttgart schreibt:

„Wenn, wie das in Stuttgart in der Neujahrsnacht geschehen ist, ein Nationalsozialist getötet wird — dort waren die Täter Kommunisten —, so verurteilen wir die Tat nicht minder scharf."

Die Arbeiter hätten sich von den Nazi-Mordbanden eben wehrlos totschlagen, totstechen und tottrampeln lassen sollen. Das ist die Meinung des „Vorwärts". Aber nicht nur die Meinung, sondern auch die praktische Politik der SPD., ihrer Minister und Polizeipräsidenten. Wie kommt es, daß der Mordfaschismus in Deutschland, in den Arbeitervierteln der Städte so frech auftreten kann?

Darum, weil die Sozialdemokratie das Proletariat gegenüber dem Faschismus wehrlos zu machen versucht hat. Severing, Grzesinski und die übrigen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten haben den RFB und andere proletarische Wehrorganisationen verboten. Sie verbieten die Kampfdemonstrationen des Proletariats gegen den Faschismus. Und

die SPD.-Arbeiter, die vielleicht noch in dem Glauben waren, daß die Demonstrationsverbote sich auch gegen die Nazis richten, müssen heute mit Schaudern sehen daß die Mordtuck der Nazis nur noch wächst, darum, weil sich die Nazis unter diesem System sicherfühlen, weil sozialdemokratische Polizeipräsidenten und SPD.-Führer bemüht sind, die Kraft des Proletariats gegen den Faschismus zu brechen, jede organisierte Abwehr gegen den Mordterror im Keime zu ersticken.

Sie sind die wahren Helfer des Faschismus. Das Blut der von den Nazis ermordeten Arbeiter zeugt auch gegen sie.

Es ist klar: Dieser **Mordterror** der Nazis, der jetzt mit Jahresbeginn verstärkt einsetzt, ist der Anfang verschärften Terros, er ist

ein Teil des faschistischen Systems, das von der faschistischen Brüning-Regierung entwickelt und ausgebaut wird.

Dieses System Brüning kommandierte die Nazis zum Krachmachen gegen den Remarque-Film auf dem Nollendorfplatz. Dieses System Brüning bestätigte, daß die Nazis so zuverlässige Elemente sind, daß sie in die Polizei zur Niederknüppelung der Arbeiter eingestellt werden können. Brüning und die Bourgeoisie bestätigen den Nazis täglich aufs neue, daß sie „wertvolle Kräfte" seien — nicht trotz, sondern wegen der organisierten Arbeitermorde, eben wegen ihrer Losung: „Tod dem Marxismus", deren konkrete Verwirklichung die Vernichtung die **Ermordung** der klassenbewußten Arbeiter ist. Diese „wertvollen Kräfte" stellt die Bourgeoisie auf ihre Weise in den Dienst ihrer Interessen. Eine terrorisierte, zutausend körperlichen Wunden blutende Arbeiterschaft, wird, so kalkulieren die Profithyänen, die Börsenherren und Industriekapitäne, nicht mehr imstande sein, dem Lohnraub, der verstärkten Ausbeutung und Ausplünderung Widerstand entgegenzusetzen.

Warum benutzt die Bourgeoisie die Nazis, warum nicht ausschließlich ihren Machtapparat, die Polizei und Reichswehr zu dieser Aufgabe? Darum nicht, weil sie nicht ohne Not die Empörung des arbeitenden Volkes gegen die faschistische Republik und ihre Regierung steigern will, weil sie mit **verschleierten Methoden** ihr Ziel zu erreichen hofft, ohne gleichzeitig ihre Herrschaft vollständig zu diskreditieren.

Darum benutzt sie die Mordabteilungen der Nazis als Sturmtruppe. Dieser Aufgabenstellung steht nicht im Wege, daß gelegentlich ein solches faschistisches Subjekt als Werkzeug von Klassenrichtern eine geringe Strafe für seine Schandtaten zudiktiert erhält. Die Bourgeoisie muß heute noch bis zu einem gewissen Grade den Schein der „Gesetzlichkeit" aufrechterhalten, um das Proletariat, um das arbeitende Volk von der Selbsthilfe gegen den faschistischen Mordterror zurückzuhalten. Auch hier besorgt der „Vorwärts" auch nur die Geschäfte der Bourgeoisie, wenn er nach dem verstärkten Einsatz der Staatsgewalt ruft und gleichzeitig sich gegen die Selbstwehr der Arbeiter wendet.

Die Lage ist ernst. Es gilt die Gefahr, die den Arbeitern droht, zu erkennen. Alle Arbeiter, auch die sozialdemokratischen Arbeiter, müssen sich zum Kampf gegen den Faschismus im allgemeinen und gegen den faschistischen Mordterror als einen Teil des Faschismus zusammenschließen und die **Einheitsfront des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus herstellen!**

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Schluß machen mit der Nazimordpest!

Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Heraus zu den Delegierten-Kampf-Konferenzen am 25. Januar!

Halle: Vormittags 10 Uhr: für Stadt und Umgegend, einschließlich jüdlichen Teil des Saalkreises.

Naumburg: Vormittags 10 Uhr: für Stadt und Kreis Naumburg, mit Unstrutthal und Kreis Eckartsberga.

Eisleben: Vormittags 10 Uhr: für das Mansfelder Revier einschließlich Landorte.

Wansleben: Vormittags 10 Uhr: für das Röblinger Revier und die Reviere Teutschenthal und Salzmünde.

Wittenberg: Vormittags 10 Uhr: für Stadt und Kreis Wittenberg.

Alle Werktätigen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, werden aufgefordert, zu dieser Konferenz ihre Vertreter zu wählen, in Resolutionen diesen Vertretern Vorschläge für die Organisierung des Kampfes gegen Lohnraub, Negersteuer und Faschismus mit auf den Weg zu geben.

BL. der KPD. Halle-Merseburg.
Bezirksausschuß der RGO.
Kampfbund gegen Faschismus.

Betriebs-Stillegung in Neuhaldensleben

Die Handschuhfabrik Herzmann, die den Antrag auf Stillegung des Betriebes gestellt hatte, hat inzwischen die Genehmigung dazu erhalten. Mit den Entlassungen soll am 31. Januar begonnen werden. Davon werden rund 100 Personen betroffen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß etwa 200, meist in Neuhaldensleben wohnende Kanalarbeiter, die Kündigung erhielten.

Für das Kinderheim Ruhla

A.-K. **Nebra.** Der hiesige Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein „Solidarität" überreichte dem Vorstand der Ortsgruppe Nebra der IAH. den Betrag von 20 Mk. für den Bau des Arbeiterkinderheims Ruhla. Die Spende wurde dem Landesvorstand in Halle überwiesen.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Sachliches; Elly Seidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen; Arthur Barfert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Stadtverordnetensitzung unter Polizeiaufsicht

Der Gummiknüppel tritt in Funktion — Die Arbeiter verlassen den Saal unter dem Gesang der „Internationale"

A.-K. Gräfenhainichen. Durch die immer weiter fortdauernde Verschuldung der Stadt durch die Maßnahmen der bürgerlichen Mehrheit, spitzen sich die Dinge immer mehr zu. Daher lagen zu der jetzigen Stadtverordnetensitzung fünf Mißtrauensanträge sowie ein Auflösungsantrag, und zwar der KPD., der Mieter, der Erwerbslosen und der Nazis vor. Um nun die Wirkung der Verhandlung dieser Anträge vor der Oeffentlichkeit abzuschwächen, hatte der Vorsteher folgende Maßnahmen getroffen. Einige Stunden vor Beginn der Sitzung erhielt jeder Stadtverordnete ein Schreiben vom Vorsteher mit folgendem Inhalt: Um die Sitzung störungslos verlaufen zu lassen, lehe er sich veranlaßt, Einlaßkarten, und zwar für jeden drei Stück, auszugeben. Die Einlaßkarten lagen den Briefen bei.

Diese Maßnahme ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt und vor Beginn der Sitzung standen Hunderte vor dem Rathaus, natürlich vergeblich auf Einlaß wartend, weil der Sitzungssaal durch Polizei besetzt war. Das hatte auch der Vorsteher angeordnet.

Zur Geschäftsordnung legte unser Genosse Heine Protest gegen diese Maßnahme ein,

Der Auflösungsantrag wurde nach heftiger Debatte mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte selbstverständlich auch unser Genosse. Genosse Müller fehlte leider wegen Krankheit.

Der Mißtrauensantrag der Erwerbslosen wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, gleichfalls der Mißtrauensantrag der Mieter. Den Mißtrauensantrag gegen den Vorsteher hatten unsere Vertreter eingebracht. Aus der Begründung ging deutlich hervor, daß der Vorsteher mit dem Vorsteherstellvertreter und noch einem Vertreter der Einheitsliste eigenmächtig Verhandlungen mit dem Bürgermeister geführt haben, diesen **unter Auszahlung des vollen Gehalts** bis zu seiner Amtsperiode zum Rücktritt zu veranlassen. Dafür also ist Geld da. Auf der anderen Seite ist man angeblich nicht imstande, die geringen Mittel, die diese Herren für die Erwerbslosen mitbewilligt haben, zur Auszahlung zu bringen, was geradezu eine Verhöhnung der Erwerbslosen bedeutet.

Bei der Abstimmung wagten die Nazis allerdings nicht, für den Antrag zu stimmen, und enthielten sich der Stimme. Der nächste Mißtrauensantrag gegen den Vorsteherstellvertreter war ebenfalls von unsern Vertretern gestellt. Die Begründung war dieselbe. Nun ist er aber der treibende Keil der Einheitsliste; denn in einer der letzten Sitzungen, als er auf Grund der Stadtverordnung einmal die Sitzung verlassen mußte, war die Einheitsliste am Ende ihrer Kunst und der Vorsteher brach ohne Gründe diese Sitzung ab, nur weil der Diktator fehlte. Diesem Mann hat die Einwohnerschaft in erster Linie die ungeheure Steuerbedrückung, in der sie sich jetzt befindet, zu danken. Bei der Abstimmung stimmten Nazi, SPD. und Demokraten für den Antrag der KPD

Hierauf folgten Anträge der Mieter, Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen, die in verschiedenen Kommissionen vertreten sein möchten.

Bis jetzt hat die Einheitsliste sämtliche Kommissionen besetzt.

Hier glaubten diese Herrschaften, daß ihnen einmal etwas in die Karten gesehen werden könnte, und deshalb lehnten sie auch diese Anträge ab.

Bei dem nächsten Punkt, betreffend Realsteuererhöhung, ging dann die Nervosität des Vorstehers durch einen einzigen Zwischenruf vom Zuhörertraum so weit,

daß er durch das Ueberfallkommando den Saal räumen ließ. Die Räumung vollzog sich unter dem wachtigen Gesang der „Internationale".

Unser Genosse verließ den Saal. Andere Stadtverordnete (SPD., Demokraten und Nazis) verließen ebenfalls die Sitzung. Diese Stadtverordnetenversammlung war außerordentlich lehrreich für die Werktätigen von Gräfenhainichen.

Lügenhafte Berichterstattung der „Freien Presse"

A.-K. Bitterfeld. Die „Freie Presse" bringt einen vollkommen entstellten Bericht über eine Versammlung, die der Reichsbannermann Westphal in der vergangenen Woche abgehalten hat. Es wird als eine lobende Anerkennung der SPD. durch den kommunistischen Diskussionsredner Obermeier hingestellt, daß er erklärt hat, daß die SPD. für Erleichterungen der Zahlungen aus dem Dawes-Plan eintrete. In Wirklichkeit sagte der Genosse Obermeier, daß diese Forderung durchaus im Sinne der Kapitalistenklasse sei. Uebrigens verfolgen gegenwärtig die Hitler-Leute dieselbe Politik. Es ist also auch in diesem Punkte keine wesentliche Differenz zwischen diesen beiden faschistischen Parteien. Es hat dem Westphal und der „Freien Presse" nicht gefallen, daß die Ausführungen des Genossen Obermeier von der Versammlung mit Beifall entgegengenommen worden sind.

Die SPD. möchte durch ihre entstellten Presseberichte verhindern, daß sich die Reichsbannerarbeiter in die proletarische Klassenkampffront einreihen. Das wird ihr aber letzten Endes doch nicht gelingen.

Der Nazi-Ueberfall in Bitterfeld

(Verspätet eingegangen)

A.-K. Bitterfeld. Am vergangenen Sonntag, ¼4 Uhr wurde der „Kampfbund-Genosse" Kurt Boeck, Horde von 8 bis 10 Nazis, als er an ihnen vorüberfuhr, [illegible] sollen.

Genosse Boeck kam auf dem Fahrrad aus dem Stadtinnern einen Freund in der Brehnaer Straße aufzusuchen. Beim Vorfahren der Wiesenstraße mußte er eine Gruppe Handzettel verteilender Nazis überholen. Im Moment des Vorbeifahrens sprang der Hubert Sturm aus der Kolonne heraus und bot Boeck mit Worten: „Hier Boek hat Du auch etwas", einen Zettel an. Boeck dieser zurückwies. Der Bananenhändler, zugleich Oberbannführer Bitterfelder Nazis, rannte hinter Boek her, erreichte ihn nach [illegible] Jackett und zog ihn nach heftigen Bemühungen vom Rade.

Sogleich war die ganze Hede Nazis über den Genossen her und hieb mit Stöcken auf ihn ein.

Dieser setzte sich zur Wehr und verletzte Stockmann am Unterarm. Da die Nazis jedoch in der Ueberzahl waren, schaffte sich Boeck [illegible] Stöße Luft und konnte entkommen. Genosse Boeck hat drei Bissstiche von den Nazibanditen erhalten, wovon ein Stich der Schenkel traf.

Zeugen sind genügend vorhanden, welche diesen [illegible] Ueberfall gesehen haben.

Hätten sich die Nazis nicht sofort verzogen, so hätten sie [illegible] an Ort und Stelle von hinzukommenden Arbeitern eine [illegible] Zurechtweisung erhalten.

Bitterfeld. Der Unterricht der Proletarischen Freidenker-Jugendfeier beginnt am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Wolf", Bitterfeld, Sommerstraße. Auch Nichtmitglieder können [illegible] Kinder zum Unterricht schicken und an der Jugendweihe teilnehmen.

Deine Partei ist die KPD

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

KPD.-Fraktion fordert Mittel für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger

A.-K. Hohenleipisch. Am 14. Januar fand hier eine Gemeindevertretersitzung unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft statt. Es wurde über folgende Punkte verhandelt:

Die Neufestsetzung der Straßenflucht bei Lindner wurde vorgenommen.

Die Dapolin-Gesellschaft will in der Gemeindeklesgrube ein Reklameschild anbringen. Die Gemeindevertretung stimmt dem zu, mit der Bedingung, daß jährlich von der Gesellschaft 10 Mark an die Gemeinde dafür zu entrichten sind.

Der Schwerkriegsbeschädigte Rößler hat sich in der Siedlungsstraße ein Haus errichtet. Er hätte an die Gemeinde die Ausbaukosten sowie den Betrag von 8550 Mark für den entfallenden Straßenanteil zu tragen. Beschlossen wird, Rößler den Betrag zu stunden, so lange er Besitzer des Grundstücks ist. Lediglich sein Rechtsnachfolger soll dann die Kosten tragen. Die KPD-Fraktion verlangte, daß der Betrag niedergeschlagen wird.

Der Kostenanschlag vom Elektrizitätswerk für Errichtung zweier Straßenlampen beträgt 139,30 Mark. Die Wegebaukommission soll nochmals feststellen, wo Lampen überall benötigt werden, nachdem wird nochmals zu dem Punkt Stellung genommen.

Der Antrag des Sportklubs Freie Elf, Mitglied der IG., der verlangt, einen Gemeindesportplatz zu schaffen, wird von der KPD.-Fraktion begründet. Es wird beschlossen, mit der Kirchengemeinde zu verhandeln wegen Abtretung des Landes links der Oppelhainer Straße, um dort einen Gemeindesportplatz zu errichten. Der Antrag wird aus diesem Grunde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

In einem Antrag der kommunistischen Fraktion an den Gemeinderat wird

die Ueberweisung einer einmaligen Beihilfe an die Gemeindearmen in Höhe von 5000 Mark gefordert, aus der Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger unterstützt werden sollen.

Der Antrag wird nach der eingehenden Begründung des Genossen Haberland einstimmig angenommen und sofort an den Kreistag weiter geleitet.

Dem Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der verlangt, Ueberziehungskredit der Siedlung „Eigene Scholle" auf 600 herabzusetzen, wird von der KPD.-Fraktion mit sprochen. Eine Kommission, die die Sicherheit der Siedlung prüft, wurde gewählt. Jede Fraktion ist in dieser Kommission vertreten.

Kleinbauernversammlung in Weidenhain

A.-K. Am Dienstag, dem 13. Januar, fand in Weidenhain eine öffentliche Bauernversammlung, einberufen vom „Bund der [illegible] den Landwirte", statt. Der Genosse Zickert referierte über die wirtschaftspolitische Ereignisse". An Hand von Beispielen (Wichmannsdorf, Kreiswichweide) zeigte er das rigorose Vorgehen des Landbundes gegen Klein- und Mittelbauern. Auch die Steuerpolitik entlarvte Genosse Zickert in ihrer wahren Gestalt. Sodann ging der Redner in seinen Ausführungen auf die Ereignisse und Errungenschaften Sowjet-Rußland über. In Deutschland Massenverbelendung, ein Dahinsiechen der Kleinbauern. Dagegen in Rußland Industrialisierung der Erwerbslosigkeit und ein Aufblühen der [illegible] Landwirtschaft.

Auch hier in Weidenhain müssen die Kleinbauern erkennen, daß sie von seiten der Nazis und des Landbundes keine Hilfe zu erwarten haben. Sie müssen sich dem Bund schaffender Landwirte anschließen und mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen.

Lehrlingsausbeutung kann den Kleinhandwerker nicht retten

A.-K. Torgau. In der Lehrlingszüchterstadt Torgau wie in anderen Städten werden nicht weniger Lehrlinge gezüchtet. (Von der Redaktion.) gibt es einen Glasermeister Paeck, der durch krasseste Ausbeutung seiner Lehrlinge durch die Wirtschaftskrise kommt. Ein 18jähriger Lehrling bekommt die Woche 3 Mark.

Da muß aber auch noch die Mutter hin und wieder mal betteln gehen, um überhaupt auch die 3 Mark Lohn zu bekommen.

Die Arbeitszeit ist bei ihm unbeschränkt. Ob es nun von 6 bis 18 oder 19 Uhr ist, darauf kommt es dem Meister gar nicht an, ebenso wird die Mittagspause nicht eingehalten. Der Lehrling muß manchmal erst um 13 oder 14 Uhr zum Essen. Nun Herr Paeck, derartigen Ausbeutungsmethoden werden Sie Ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht aufhalten. Wir wissen daß die Kleingewerbetreibenden selbst nicht viel mehr zu essen haben als wir Arbeiter.

Dann sollen aber auch die Kleingewerbetreibenden begreifen, daß nicht auf Kosten eines Lehrlings sie ihre Lage verbessern können, sondern daß sie mit den Arbeitern zusammen gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung kämpfen müssen.

Mansfeld-Sangerhausen

In Konsum-Versammlung Delegierte zum Kampfkongreß gewählt

A.-K. Wansleben. Auf unseren Vorschlag nahm die letzte Konsumversammlung Stellung zur antifaschistischen Kampfkonferenz.

Es wurden 10 Arbeiter und Arbeiterinnen als Delegierte gewählt, und zwar 1 Leuna-Arbeiter, 1 Landarbeiter, 1 Fabrikarbeiter, 1 gemaßregelter Bergarbeiter, 1 Erwerbsloser und 5 Hausfrauen.

Es war uns außerdem möglich in dieser Versammlung **für die befreundeten Organisationen und für die KPD.** zu werben. Es wurden aufgenommen: 1 Leuna-Arbeiter in die RGO., 4 Arbeiter in den Kampfbund gegen den Faschismus, 2 Arbeiter in die Partei. Außerdem gelang es uns, 50 Arbeiter zu veranlassen, daß sie ihren Austritt aus der Kirche zu vollziehen sich bereit erklärten. Nun müssen die Mitglieder des ARS. für ihre Organisation werben. Jeder bringe ein neues Mitglied, jeder einen neuen Sparer. Darüber hinaus gilt es, die Massen der Arbeiter für die RGO. zu gewinnen

Bis zum 1. Februar sollen 100 Kirchenaustritte vollzogen sein.

Arbeiter, heraus aus Euren Häusern mit der bürgerlichen Presse. In jedes Arbeiterhaus der „Klassenkampf"!

Proleten in Eisenbahnwagen gepfercht

A.-K. Zappendorf. Die einstige Gewerkschaft Salzmünde, Kaliwerk Zappendorf mit Krügershall, lockte vor Jahren auswärtige Arbeiter hierher Es wurde den Arbeitern sofort Wohnung und auch sonst die besten Arbeitsbedingungen versprochen. Wohnung erhielten sie wohl daß alle, das heißt primitiv ausgebaute Fabrikunterlagen. Und wie es sonst mit den Arbeitsbedingungen aussah, davon kann mancher ein Liedchen singen. Das Ende vom Lied: Viele verließen nach kurzer Arbeitsdauer wieder die oben genannten Betriebe, verloren aber zu gleicher Zeit auch das Recht auf Wohnung

Und nun hat schon so mancher Prolet erfahren müssen, wie „herrlich" es sich in einem alten Eisenbahnwagen wohnt,

der vom Kaliwerk Zappendorf von der Hettstedter Bahn gekauft wurde.

Ein treuer Diener seines Herrn war damals der ehemalige sozialdemokratische Amtsvorsteher. Ja, er wollte sogar noch einen zweiten Wagen stellen lassen, was aber die Gemeindevertretung Zappendorf verhinderte. Bei der jetzigen Witterung sind nun wieder Arbeiterfamilien in den Wagen gepfercht, Arbeitslose bei denen es kaum zum Leben langt, müssen hierdrin kampieren. Nun, Arbeiter, meint Ihr, daß Euch der kapitalistische Staat bessere Wohnungen gibt? Nein! Es ist endlich Zeit, daß Ihr Euch allesamt in die rote Klassenfront einreiht und für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft kämpft, die Euch dieses Elend bringt.

Junkerschikanen

A.-K. Brücken a. Helme. Der Rittergutsbesitzer H. Hertzer ist dabei, seinen Betrieb zu modernisieren. Dazu gehörte auch, daß er fünf Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen hat. Als Grund hat er Arbeitsmangel angegeben. Herr Hertzer kann aber auch anders.

Die Frau eines erwerbslosen Industriearbeiters, die auf dem Gute arbeitet, wollte während des Winters ihre Hauswirtschaft versehen und von der Arbeit auf dem Gute fernbleiben. Damit der Erwerbslose aber für seine Frau Unterstützung als Familienmitglied erhält, mußte die Frau eine Bescheinigung haben, nach der sie wegen Arbeitsmangels zur Entlassung kam. Der Gutsbesitzer hat ihr diese Bescheinigung verweigert. Er hätte noch zu viel Arbeit, sagte er.

Fünf Arbeiter fliegen aufs Pflaster wegen „Arbeitsmangels", die Frau muß bleiben wegen zuviel Arbeit. Es sind übelste Schikane und Terror, die von dem Junker ausgeübt werden.

Jugendweihen im Arbeitsgebiet Oberröblingen

Die Proletarischen Freidenker des Arbeitsgebiets Oberröblingen veranstalten zwei Jugendfeiern. Für die Orte Teutschenthal, Wansleben, Höhnstedt, Langenbogen, Bennstedt und Eisdorf in Teutschenthal. Für Querfurt, Schraplau, Ober- und Unterröblingen, Esperstedt, Albersteadt, Kuckenburg, Obhausen, Lodersleben, Gatterstedt und die Vierdörfer in Querfurt. Der Moralunterricht für die letztgenannten Orte findet in Schraplau statt.

Der SPD. in der eigenen Versammlung von der Polizei das Reden verboten

A.-K. Closchwitz. Die SPD. hielt kürzlich in Friedeburg eine Versammlung ab, in der sie sich als Vorkämpfer gegen den Faschismus aufspielen wollte. Redner war Peters, der Reichstagsabgeordnete aus Halle. Die Nazis hatten eine Menge ihrer Leute in die Versammlung dirigiert. Peters benutzte in seiner Polemik die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion. So den Antrag, der fordert, daß alle hohen Vermögen, alle Aufsichtsratstantiemen und Dividenden einer besonderen Steuer unterworfen würden. Er rügte es, daß die Nazis diesen Antrag abgelehnt haben, vergaß aber, hinzuzufügen, daß die SPD gegen einen gleichen Antrag gestimmt hat in der Zeit, als ihre Leute in der Regierung saßen. Auch mit dem Antrage der Kommunisten, betreffend die Einstellung der Young-Plan-Zahlungen und des Austritts aus dem Völkerbunde, prahlte Peters und griff die Nazis an, weil sie diesen Antrag abgelehnt haben. Die Nazis machten Zwischenrufe. Einer rief: Lügen-Peters. Peters schlug ihm ins Gesicht. Die Landjäger hangten die Gummiknüppel ab und machten sich schlagfertig. Sie brauchten nicht in Funktion zu treten, aber sie verboten dem Herrn Peters das Weiterreden. Und er fügte sich.

So kam es, daß dem Sozialdemokraten Peters in seiner eigenen Versammlung von der sozialdemokratischen Polizei das Sprechen unmöglich gemacht wurde.

Uebrigens mußte die am Abend desselben Tages abgehaltene sozialdemokratische Versammlung in Oeste ebenfalls vorzeitig abgebrochen werden.

Kleingewerbetreibende zum Kampfkongreß gewählt

A.-K. Erdeborn. Am Donnerstag, dem 15. Januar, fand in Trägers Lokal eine vom Kampfbund gegen den Faschismus und der KPD. einberufene öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Volksrevolution gegen den Faschismus." In dieser Versammlung wurden

zum Kampfkongreß gegen den Faschismus am 25. Januar in Eisleben als Delegierte gewählt: 1 Geschäftsfrau, 1 Arbeiterfrau, 1 Jungarbeiter und 1 Erwerbsloser (sämtlich parteilos).

Weißenfels-Zeitz

„Die Negersteuer werde ich mich weigern zu zahlen"

Kleingewerbetreibender kommt zu uns

A.-K. Nebra. Wie wir bereits berichteten, wurde zur Kampfkonferenz auch ein Kleingewerbetreibender gewählt. Er ist [illegible] Partei beigetreten. Dieser neue Kampfgenosse erklärte uns:

„Die Steuerlast drückt mich zu Boden, ich suchte nach einem Ausweg und wurde „Klassenkampf"-Leser. Ich kann nun nicht abseits stehen und kämpfe darum mit der revolutionären Arbeiterschaft von Nebra. Die nicht verfassungsmäßige Negersteuer ich mich weigern zu zahlen. Ich verpflichte mich zur [illegible] Ortsgruppe, drei neue Kämpfer in Kürze für die Partei zu gewinnen."

Ein „Rot-Front!" dem neuen Kampfgenossen, der erkannt daß sein Platz in unserer Reihe ist.

Das Gericht konnte die bedrohte Republik nicht schützen

weil der Angeklagte nicht erschienen war

A.-K. Weißenfels. Wegen angeblichen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz sollte gegen den Genossen Reichsbannerordneten Schröter verhandelt werden. Genosse Schröter erschien vor dem Gericht nicht den Gefallen getan, zu erscheinen. Deshalb der Prozeß vertagt. Der Reichstag soll um Aufhebung der Immunität ersucht werden.

Weißenfels. Nächsten Dienstag findet im Stadttheater die Hauptversammlung der Volksbühne statt. Vor der Erledigung geschäftlichen Teiles wird der frühere Direktor des Nürnberger Landestheaters einen Vortrag halten über „Theater hinter Kulissen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310119-10/fragment/page=0010